

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 29. Sitzung des Rates**

vom:	<b>19.06.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>19:17 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender zu TOP 10 und 11

Stv Al-Omary, Falk

Stv Bertelmann, Hans-Günter - bis 18.25 Uhr nach TOP 6

Stv Boller, Joachim

Stv Daus, Anny

Stv Dittert, Katrin

Stv Eberlein, Klaus-Peter

Stv Elter, Uwe

Stv Flohren, Angelika

Stv Fries, Traute

Stv Gaden, Helga

Stv Gelber, Gunther

Stv Gerlach, Heinrich

Stv Gierlich, Michael

Stv Glaamann, Herta

Stv Groß, Michael

Stv Heupel, Rüdiger

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz

Stv Höpfner-Diezemann, Ute

Stv Jacob, Martin

Stv Katz, Reinhilde

2. Stellv. BM Köhl, Siegfried

Stv Krombach, Ulrich

Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona

Stv Mues, Gunter  
Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Heinz  
Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner - bis 18.10 Uhr w. TOP 5  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StBR Brune  
Städt. VD Mengel  
Städt. VR Dorsch  
Städt. VR Weber  
StOAR Keßler  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
VA Kram  
StAR Münker - als Schriftführerin

## Nicht anwesend waren:

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Morgenschweis, Thomas  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

## A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bürgermeister Stötzel dankt dem ausgeschiedenen Ratsmitglied Sancho Kleine für seine Arbeit im Rat der Stadt Siegen und den Ausschüssen.

Als Nachfolger wird Herr Rolf Klöpperpieper durch Nachsprechen der Verpflichtungserklärung in sein Amt eingeführt.

### Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird einvernehmlich um die Punkte 15.2 und 15.3 - Ausschussumbesetzungen - erweitert.

---

Bezug nehmend auf die von der CDU-Fraktion beantragte Ergänzung um Punkt 4.2 - Kreisel Ortsmitte Trupbach - macht Herr Schneider deutlich, dass die SPD-Fraktion keinen dringenden Beratungsbedarf sieht, zumal sich der Verkehrsausschuss erst vor wenigen Tagen für eine Erprobungsphase ausgesprochen hat.

Herr Boller teilt diese Auffassung.

### Beschluss:

Die Tagesordnung wird um Punkt 4.2 erweitert.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür (18 Stimmen dagegen),  
0 Enthaltungen**

---

### 1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Al-Omary bestimmt.

### 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

### 3. Fragestunde

#### 3.1. Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" im Rathausfoyer

Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.06.2002

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage a)

War der Verwaltung die Einstufung des Veranstalters im Verfassungsschutzbericht bekannt?

Antwort:

Nein

Frage b)

Wie hat sich die Stadtverwaltung vor der Entscheidung über den Antragsteller und die inhaltliche Konzeption dieser geplanten Ausstellung informiert?

Antwort:

Nach persönlicher Projektbeschreibung eines Vertreters des VVN-BdA -Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Anfang Februar 2002 wurde eine Informationsmappe mit einer Presseinformation nachgereicht (Faxdatum: 19.02.2002). Die Einsichtnahme der Unterlagen ergab keinerlei Hinweise auf eine gesetzeswidrige bzw. verfassungsfeindliche Ausstellung. Außerdem war bekannt, dass es sich um eine Wanderausstellung handelte, die bereits in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wurde und längerfristig von einem örtlichen Veranstalter angemeldet werden musste. Daneben wurde der verbindliche Hinweis des örtlichen Veranstalters auf den Mitveranstalter IG-Metall Siegen-Wittgenstein als positiv bewertet.

Frage c)

Wie kann künftig sichergestellt werden, dass links- oder rechtsextremistische bzw. in Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Landes NRW erwähnte und kritisch bewertete Organisationen und Verbände, die im Rathausfoyer oder in anderen städtischen Einrichtungen ausstellen und dabei Agitation betreiben wollen, eine Absage erhalten?

Antwort:

Die Erwähnung eines Vereins oder Organisation im Verfassungsschutzbericht des Landes oder Bundes rechtfertigt in Abstimmung mit dem örtlichen Verfassungs- und Staatsschutz keinerlei Maßnahmen wie Ablehnungen oder gar Verbote. Die sogenannte „Beobachtung“ erfolgt aufgrund der politischen Aktivitäten einer Organisation. Die hieraus erfolgte „Erwähnung“ im Verfassungsschutzbericht drückt lediglich eine politische Nähe aus, und ist keine Aussage über die Organisation, ihre Aktionen wären gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Frage d)

Ist verwaltungsseitig geplant, einen „Kriterienkatalog“ für die Zulassung von Ausstellungen im Rathausfoyer und in städtischen Einrichtungen zu erarbeiten?

Antwort:

Die Kulturabteilung der Stadt Siegen wird als sachbearbeitende Dienststelle für die Präsentation von Ausstellungen und Einzelveranstaltungen in der Rathausgalerie Siegen Richtlinien erarbeiten. Eine inhaltliche Beratung und damit Beteiligung aller im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen ist für den Kulturausschuss des Rates der Stadt Siegen vorgesehen.

### **3.2. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe**

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2002

Die Beantwortung erfolgt unter Punkt 5.

### **3.3. Plakatierung im Stadtgebiet**

Anfrage des Stv Morgenschweis

Herr Dorsch erklärt, dass im Rahmen des Empfangs des ehemaligen Bundespräsidenten, Herrn Roman Herzog, in Siegen nicht über den Sinn und Zweck der Plakatierung "Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen" gesprochen wurde. Kontaktaufnahme ist über das Bundespräsidialamt, 11 010 Berlin möglich.

### **3.4. Baurechtliche Genehmigungen für Mobilfunkanlagen auf Gebäuden**

Anfrage des Stv Schiemer vom 01.06.2002

Herr Brune beantwortet die Anfrage wie folgt:

#### **a) Welche Konsequenzen hat die Verwaltung aus dem Urteil des OVG Münster vom 29. April 2002 gezogen ?**

Alle Sendeanlagen, die auf, in oder an einem Gebäude errichtet werden sollen, unterliegen künftig grundsätzlich einer Genehmigungspflicht, da in diesen Fällen eine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung vorliegt. Die Mobilfunkbetreiber haben hierzu einen Bauantrag einzureichen, dem neben Bauzeichnung und Lageplan insbesondere die Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post beigefügt sein muss. Es ist jedoch davon auszugehen,

dass derartige Anlagen grundsätzlich - bis auf solche in „Reinen Wohngebieten“ - genehmigungsfähig sind.

In „Reinen Wohngebieten“ sind in Einzelfällen Genehmigungen im Befreiungsweg denkbar, wenn die Standortgebundenheit für die Versorgung des Wohngebiets vom Mobilfunkbetreiber nachgewiesen wird.

**b) Wurden von der Stadtverwaltung nach dem OVG-Urteil Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern geführt und welche Vereinbarungen sind auch auf der Grundlage des genannten OVG-Urteils in Bezug auf zukünftig noch in der Stadt Siegen geplante Mobilfunkanlagen bzw. auf bereits auf Gebäuden installierte Sendemasten getroffen worden ?**

Auf der Grundlage der zwischen den Mobilfunkbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden im Juli 2001 getroffenen Rahmenvereinbarung haben die in Siegen tätigen Mobilfunkbetreiber D2-Vodafone, E-Plus, T-Mobile, O2-Germany (ehem. VIAG-Interkom) am 23. Mai 2002 der Verwaltung ihre Netzausbauplanungen für die kommenden Jahre vorgestellt.

Danach sind neben zahlreichen Erweiterungen bestehender Anlagen insgesamt 34 neue Mobilfunk-Basisstationen geplant.

Diese Standorte werden derzeit in der Verwaltung auf baurechtliche Aspekte und mögliche Konflikte mit der umgebenden Bebauung hin überprüft. Über das Ergebnis der Prüfung wird die Verwaltung dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie in seiner Sitzung am 11. 07. 2002 berichten.

Weiterhin haben interessierte Bürgerinnen und Bürger in der Zeit vom 10 bis 21. 06. 2002 Gelegenheit, Kartenunterlagen mit den vorhandenen und geplanten Senderstandorten bei der Verwaltung (Abteilung Umwelt) einzusehen. Auf diese Möglichkeit wurde vorher in der örtlichen Presse hingewiesen.

Die Mobilfunkbetreiber wurden am 23.05.2002 darauf hingewiesen, dass für alle neuen Senderstandorte entsprechende Bauanträge einzureichen sind (vgl. Antwort zu Frage a).

Bezüglich der bereits bestehenden Sender wurde vereinbart, dass ebenfalls Bauanträge zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen sind. Diese Verfahrensweise soll mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein abgestimmt werden, um eine kreiseinheitliche Bearbeitung zu gewährleisten.

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

**4.1. Kostenloser Eintritt in die Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Siegen**

Antrag der SPD-Fraktion vom 16.05.2002

Herr Baumeister merkt an, dass mit dem Verwaltungsvorschlag zu Vergünstigungen für Inhaber/innen der JuLeiCa eine abschließende Regelung angestrebt wurde. Trotz der Entscheidung des Rates, im Einzelfall auch Angebote für andere ehrenamtlich tätige Personengruppen zu schaffen bittet er, die finanziellen und organisatorischen

Konsequenzen zu bedenken.

Herr Schmidt macht deutlich, dass die JuLeiCa von Bund und Land initiiert wurde und auf das ehrenamtliche Engagement Jugendlicher abgestellt ist. Da andere Personengruppen dort nicht berücksichtigt werden, sollten auch seitens der Stadt keine weiteren Vergünstigungen gewährt werden.

Die UWG-Fraktion hatte bereits im Vorfeld der Diskussion über die JuLeiCa auf den Konflikt hingewiesen, so Herr Bertelmann. Es ist seines Erachtens legitim, dass auch für andere im ehrenamtlichen Bereich tätige Personengruppen Vergünstigungen gewährt werden.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte in den zurückliegenden Beratungen die Auffassung vertreten, nicht eine einzelne Gruppe besonders herauszustellen, betont Herr Groß. Da nicht ausgeschlossen ist, dass künftig weitere Anträge dieser Art gestellt werden schlägt er vor, den Antrag zurückzustellen und eine einheitliche Lösung zu finden.

Herr Walter führt aus, dass die F.D.P.-Fraktion bereits auf die Ungleichbehandlung hingewiesen hat. Da das Anliegen aus Sicht der Feuerwehr legitim ist wird seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Schneider stellt die Verpflichtung der Feuerwehrleute zum Erhalt der körperlichen Fitness heraus und macht deutlich, dass der freie Eintritt in die Hallen- und Freibäder insoweit keine Vergünstigung darstellt. Insbesondere die Atemschutzgeräteträger sollten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Ein besonderer Verwaltungsaufwand ist mit dem Vorschlag nicht verbunden, da alle Personen über entsprechende Ausweise verfügen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob auch die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Siegen die Hallen- und Freibäder der Stadt Siegen kostenlos besuchen können. Als Eintrittsberechtigung gilt der Dienstausweis.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (23 Stimmen dafür), 4 Enthaltungen**

## **4.2. Kreisverkehr Ortsmitte Trupbach**

Eilantrag der CDU-Fraktion vom 17.06.2002 (Tischvorlage)

Die CDU-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, den Kreisel beizubehalten, so Herr S. Mues. Trotz Nachbesserungen sind die Schulkinder an der Haltestelle gefährdet und der Verkehr wird durch den am Kreis haltenden Bus behindert. Zudem mündet eine Garagenzufahrt in den Kreisel, womit eine weitere Gefahrenquelle besteht. Nach Auffassung der Anwohner wirkt der Kreisel auch optisch störend im Ortsbild. Es

wird daher beantragt, die Erprobungsphase abubrechen, den Kreisel zu entfernen und das Dorferneuerungskonzept hinsichtlich einer Neugestaltung der Ortsmitte zu überarbeiten.

Herr Schneider erwidert, dass sich der Verkehrsausschuss erst vor wenigen Tagen auf Initiative der CDU-Vertreter für die Probephase ausgesprochen hat. Er sieht keine Veranlassung, das Votum des Fachausschusses in Frage zu stellen. Der Antrag sollte daher an den Ausschuss zurückverwiesen und dort ggf. in einer außerplanmäßigen Sitzung behandelt werden. Dies erhebt er zum Antrag.

Herr Al-Omary lehnt den Antrag ab. Das alte, von den Einwohnern beklagte, Problem nicht angepasster Geschwindigkeiten in der Ortsmitte würde bei einer Entfernung des Kreisels wieder entstehen.

Herr Bertelmann merkt an, dass eine Probephase dazu dient, Änderungsnotwendigkeiten festzustellen. Daher sollte diese auch zu Ende geführt und das Ergebnis abgewartet werden.

Herr G. Mues weist darauf hin, dass die Probephase teilweise in die Ferienzeit fällt und daher als Bewertungsgrundlage nicht geeignet ist. Eine Geschwindigkeitsreduzierung kann auch durch Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone erreicht werden.

---

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Rothenpieler Schluss der Debatte.

Herr Bürgermeister Stötzel teilt mit, dass keine Wortmeldungen mehr notiert sind.

► Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird mehrheitlich zugestimmt.

---

#### **Beschluss (über den Antrag des Stv Schneider):**

Der Antrag wird an den Verkehrsausschuss verwiesen. Die Beratung soll kurzfristig im Rahmen einer Sondersitzung erfolgen.

**Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür, 28 dagegen, 2 Enthaltungen**

Der Antrag ist damit abgelehnt.

---

#### **Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den "Trupbacher Kreisel" umgehend zu entfernen.



2. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorhandene Dorferneuerungsprogramm Trupbach bezüglich einer dorf- und verkehrsgerechten Gestaltung der Ortsmitte zu überarbeiten und in der nächsten Sitzung des Bauausschusses darüber zu berichten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (21 Stimmen dagegen), 5 Enthaltungen**

## **5. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe**

Vorlagenr. 1951/2002 - Vorlage vom 16.05.2002

Herr Keßler beantwortet zunächst die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. TOP 3.2) wie folgt:

Zu den Punkten 1 bis 3 wurde eine Stellungnahme des Schulamtes des Kreises Siegen-Wittgenstein eingeholt.

**Frage 1:** *Gibt es in anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sonderpädagogische Fördergruppen für behinderte und nicht behinderte Kinder an weiterführenden Schulen? Wenn ja, welche Kommunen sind dies? Welche Erfahrungen wurden dort mit der integrativen Beschulung gemacht?*

**Antwort:** Zur Zeit gibt es sonderpädagogische Fördergruppen im südwestfälischen Raum an der  
Hauptschule Olpe (im 2. Jahr, arbeitet sehr erfolgreich, zur Zeit hohe Akzeptanz, eingerichtet gegen das Votum aus Schul- und Lehrerkonferenz)  
Hauptschule Buschhütten (seit 1 Jahr, arbeitet mustergültig, ursprünglich in der Schule kontrovers diskutiert, zuerst Ablehnung, dann Zustimmung)  
Hauptschule Wenden (vom kommenden Schuljahr an)

Weitere sonderpädagogische Fördergruppen im Bereich der Bezirksregierung Arnsberg gibt es in Dortmund und Plettenberg, über landesweite Zahlen verfügt das Schulamt derzeit nicht.

**Frage 2:** *Wer entscheidet im Kreis Siegen-Wittgenstein welche Kinder für eine sonderpädagogische Fördergruppe in Frage kommen? Nach welchen Kriterien wird eine solche Entscheidung getroffen? Wie bedeutsam ist in diesem Kontext das Kindeswohl? Wie fiel die Bewertung im Falle der nun für den gemeinsamen Unterricht vorgesehenen Kinder aus?*

**Antwort:** Die Entscheidung über den sonderpädagogischen Förderort - sofern er gegeben ist - trifft das Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein.

Das entscheidende Kriterium ist, dass dort dem individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf des einzelnen Kindes entsprochen werden kann. Es wird bei jedem Kind eine Einzelfallentscheidung getroffen. Der Entscheidung voraus geht ein entsprechender Antrag der Eltern auf integrative Beschulung in der Sekundarstufe I.

Das Kindeswohl hat sowohl für Eltern als auch für das Schulamt einen sehr hohen Stellenwert. Vorrangig ist der Anspruch des Kindes auf eine seinem Bedarf entsprechende sonderpädagogische Förderung. Bei allen in Betracht kommenden Kindern hat die Einzelfallprüfung ergeben, dass die sonderpädagogische Fördergruppe der geeignete Förderort ist.

**Frage 3:** *Welche Position hat der Schulrat im konkreten Fall eingenommen? Wie lauten die Gründe?*

**Antwort:** Der Schulrat hat in allen Beratungen und Gesprächen erkennen lassen, dass er die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe im Bereich der Stadt Siegen sehr befürwortet, da er die Fortsetzung der im Primarbereich sehr erfolgreichen Beschulung im Gemeinsamen Unterricht für fortsetzenswert hält.  
Als seine Gründe hat er (nicht abschließend) angegeben:  
Das (Grund-)Recht der Eltern und Kinder auf Integration und somit auch auf integrative Beschulung,  
die sehr erfolgreiche, langjährige Integration in der Grundschule  
die bisherige Entwicklung der integrativ beschulten Kinder,  
der soziale Effekt bzw. Nutzen für alle (!) Kinder

**Frage 4:** *Warum liegt bis heute keine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen vor? Wurde er mit der vorliegenden Vorlage befasst? Wie bewertet der Behindertenbeauftragte das Anliegen, in Siegen eine sonderpädagogische Fördergruppe einzurichten?*

**Antwort:** Eine Stellungnahme zur vorliegenden Vorlage war nicht gesondert vorgesehen, da diese sich im Schwerpunkt mit der Umsetzungsmöglichkeit aus Schulträgersicht beschäftigt und die pädagogisch inhaltlichen Bewertungen und Beratungsbedarfe sowohl in der Informationsveranstaltung für alle Schulleitungen am 19. Dezember 2001 sowie im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 21. März 2002 im Schwerpunkt behandelt wurden. Am 19. Dezember war die Arbeitsgruppe Hilfen für Behinderte durch Herrn Damerius und Frau Dittmar vertreten, der Einladung zur Beratung im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 21. März 2002 konnte wegen anderer Termine kein Vertreter der Arbeitsgruppe folgen.

Für die CDU-Fraktion appelliert Frau Höpfner-Diezemann, rückblickend auf die vergangenen Diskussionen, die sachlichen Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

Es ist das legitime Recht eines Jeden, spezielle Schulen zur Unterrichtung von behinderten Kindern für besser geeignet zu halten, als alternative Unterrichtsformen.

Die guten Ergebnisse der Arbeit in den unterschiedlichen Sonderschulen und die auf Augenhöhe mit den allgemeinbildenden Schulen gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz sind unbestritten. In Errichtung, Ausstattung und zielgenaue Ausbildung der Lehrer wurde viel investiert, um den Schwächsten in der Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilnahme am alltäglichen Leben zu ermöglichen.

Die Position, dass diese Schulen in besonderem Maße geeignet sind, auf Integration hinzuarbeiten, muss jeder vertreten dürfen, ohne den Makel der Integrations- oder Behindertenfeindlichkeit angeheftet zu bekommen. Letztendlich ist es das Ziel im sozial- gesellschaftlichen Bereich einer jeden Sonderschule, Kinder so zu erziehen, Defizite soweit auszugleichen und Behinderungen in den Hintergrund treten zu lassen, um Integrationsfähigkeit auch im Erwachsenenleben zu ermöglichen. Das Ziel einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist das Gleiche, der Weg ist ein anderer. Weder in der Fachausschussberatung noch jetzt lässt ihres Erachtens erkennen, dass die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe mit negativen Vorzeichen gesehen wird. So stehen für den Förderort Peter-Paul-Rubens-Gymnasium hinsichtlich des finanziellen Rahmens weder erhebliche Mehrkosten im Schülerfahrverkehr noch unüberschaubare Kosten für Lehr- und Lernmittel im Raum.

Der Knackpunkt und die unterschiedlichen Sichtweisen traten mit dem Förderort zutage. Laut Verwaltungsvorlage sind alle städtischen Schulen der Sekundarstufe I auf die räumlichen Gegebenheiten und die behindertengerechte Ausstattung hin überprüft worden. Beide Voraussetzungen treffen nur am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zusammen.

Für die CDU-Fraktion gab es also 2 Fakten:

- a) Es gibt nur die Möglichkeit am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.
- b) Die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe wird seitens des Gymnasiums für dieses Jahr abgelehnt, da zu grundsätzlichen Bedenken auch noch der Wechsel der Schulleitung und der stellv. Schulleitung ansteht.

Die CDU-Fraktion hält ihre Position aufrecht, dass ohne eine breite Zustimmung seitens der entsprechenden Schule die Verantwortung, eine sonderpädagogische Fördergruppe einzurichten, nicht mit getragen werden kann.

Die behinderten Kinder sollten mit großer Bereitschaft empfangen werden, denn sie stehen unter besonderem Schutz und bedürfen besonderer Zuwendung. Dies gelingt nur bei breiter Akzeptanz innerhalb der Lehrerschaft. Beispielhaft ist hier die Hans-Reinhardt-Schule zu nennen. Die CDU-Fraktion stimmt daher der Verwaltungsvorlage bezogen auf das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium zu.

Da offensichtlich, so Frau Höpfner-Diezemann weiter, entgegen der Annahme der Mitglieder der CDU-Fraktion noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind und zwischenzeitlich Gespräche mit unterschiedlichen Partnern geführt wurden sieht sich die CDU-Fraktion folgenden Erkenntnissen gegenüber:

- a) Die Haardter-Berg-Hauptschule signalisiert - unter bestimmten Voraussetzungen - die Bereitschaft, eine solche Gruppe einzurichten.
- b) Nach Aussage der Eltern und einer Sonderpädagogin an der Hauptschule Buschhütten kann es sich bei dem benötigten Raum auch um einen Gruppenraum o. ä. handeln.
- c) Ein teurer, behindertengerechter Ausbau mit einem Aufzug, der haushaltsunverträglich wäre, ist nicht unbedingt erforderlich.

Auf Grund dieser Erkenntnisse und den Fakten aus der Verwaltungsvorlage, dass sowohl an der Haardter-Berg-Schule wie auch an der Winchenbach-Hauptschule geringfügige Raumkapazitäten für das Schuljahr 2002/2003 vorhanden sind beantragt die CDU-Fraktion, die Vorlage mit einem entsprechenden Prüfauftrag in den Fachausschuss zurückzuverweisen. Dabei müssen die finanziellen Auswirkungen gleich denen am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sein. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Akzeptanz des Lehrerkollegiums und der Schulkonferenz gerichtet werden.

Bezug nehmend auf die Anfrage seiner Fraktion und die Antwort der Verwaltung zur Einbindung des Behindertenbeauftragten verweist Herr Groß zunächst auf eine Aussage des Bürgermeisters vor der letzten Kommunalwahl, dass "zukünftig entsprechende separate Stellungnahmen des Behindertenbeauftragten gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit zu ermöglichen sind". Die praktische Umsetzung ist bisher nicht festzustellen und sollte künftig gewährleistet werden.

Zum Beratungspunkt selbst führt er aus, dass aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Aspekte Anlass der Debatte waren:

- a) eine sehr unglückliche Verwaltungsvorlage, die im Ergebnis dazu kommt, dass das Oberzentrum Stadt Siegen nicht in der Lage ist, eine integrative Fördergruppe für sechs behinderte Kinder einzurichten;
- b) die in seiner Wahrnehmung gleichgewichtige, völlig überflüssige und verletzende geführte Diskussion über den Sinn integrativer Fördergruppen im Fachausschuss; Unberücksichtigt blieben dabei der Elternwille und die einhellige Auffassung der Fachleute einschl. des Schulrates.

In der Sache geht es primär darum, sechs Kinder, die bisher mit großem Erfolg in einer integrativen Fördergruppe beschult wurden, an einer weiterführenden Schule eine sonderpädagogische Förderung angedeihen zu lassen. Damit verbunden ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Systementscheidung für oder gegen Integration bzw. Sonderschulen. Damit verbunden ist auch nicht die Abschaffung dieser Schulen. Deren Arbeit kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Zur Debatte steht vielmehr, ob der Rat der Stadt Siegen Willens und in der Lage ist, den Kindern eine optimale Förderung zukommen zu lassen. Selbst wenn einzelne Ratskollegen nicht ganz von dieser Art der Beschulung überzeugt sind, kann der Rat

nicht die Alltagserfahrung der Familien und die fachliche Einschätzung ignorieren. Vor diesem Hintergrund ist die Beschlussempfehlung der CDU-Fraktion zu begrüßen, eine erneute Prüfung vorzunehmen.

Frau Flohren hebt eingangs hervor, dass die SPD-Fraktion weiterhin ihren Antrag für die Einrichtung einer Sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 aufrecht erhält und somit dafür wirbt, den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abzulehnen. Sie hofft, dass die Zeit für weitere Information in den Fraktionen genutzt wurde, um heute einvernehmlich eine Entscheidung im Sinne der antragstellenden Kinder zu treffen. Die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist die natürliche und logische Konsequenz aus dem gültigen Schulverwaltungs-gesetz, aus bereits erfolgreich verlaufener Erziehung in Kindergärten sowie ebenso erfolgreicher Beschulung in Grundschulen.

Die plötzliche Positionsänderung der CDU ist zwar nachvollziehbar, entschuldbar und überzeugend jedoch nicht. Niemand im Rat und eigentlich auch nicht in der ganzen Stadt, kann der CDU ernsthaft Behindertenfeindlichkeit und soziale Kälte vorwerfen. Dies war auch in der letzten Schulausschusssitzung nicht der Fall. Vorzuhalten ist aber nach Auffassung der SPD-Fraktion eine rückwärtsgerichtete, nicht am aktuellen Wissenschaftsstand orientierte Sichtweise von Schulen, und insbesondere bei der integrativen Beschulung in einer Regelschule. Es könnte der Eindruck entstehen, dass es möglicherweise an ausreichender Information und Sachkunde fehlte. Nach ihrer Einschätzung stand ablehnende Haltung schon vor der Fachausschusssitzung fest und setzt sich konsequent bis heute fort. Weder die Erfahrungsberichte aus anderen Schulen, noch die positive Stellungnahme des Schulrates, noch die vielfältige aufklärende Berichterstattung in den Medien, noch allein bisher über 3.000 Unterschriften konnten bisher beeindrucken.

Das in Frage kommende Gymnasium hat eine zugegebenermaßen negative Stellungnahme abgegeben, die aber hier nicht als ausschlaggebendes Kriterium für die generelle Ablehnung gelten kann.

In der bisherigen Diskussion sprachen aus Sicht der Mehrheit überwiegend nicht die Gegebenheiten vor Ort, sondern vielmehr pädagogische Aspekte gegen die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe.

Daher ist die heutige Argumentation nicht überzeugend. Die beiden Siegener Sonderschulen haben eine klare Position bezogen und auch klar formuliert, dass sie die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe ablehnen. Das ist legitim und wird offen ausgesprochen. Im Gegensatz zur eindeutigen Position der Sonderschulen werden in der Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums nur eine Reihe von Bedenken geäußert. Eine exakt und konkret formulierte Ablehnung mit der Abstimmung der Schulkonferenz und der Lehrerkonferenz liegt nicht vor.

Auch die Verwaltungsvorlage ist aus Sicht der SPD-Fraktion unstimmig in ihrem ausführlichen Sachstandsbericht und Beschlussvorschlag.

Sie ist überzeugt, dass die Bedenken der Schulen noch ausgeräumt werden können oder noch einmal geprüft werden muss, ob eine andere Schule in Frage kommt.

Selbst wenn das nicht der Fall ist, müssten die Bedenken oder zumindest einige Bedenken des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums ausgeräumt werden können. Alle sind gefordert, der Schule in den notwendigen Hilfestellungen zu geben. Diesbezüglich stellt sich auch die Frage, ob die Verwaltung möglicherweise viel zu spät reagiert hat.

Abschließend hält Frau Flohren fest, dass wissenschaftliche Erkenntnisse für die Einrichtung von sonderpädagogischen Fördergruppen sprechen. Beim Blick über die Landesgrenzen und den berühmten Tellerrand ist festzustellen, dass das Prinzip der Sonderförderung in Sonderschulen nicht grundsätzlich und per se sinnvoll ist. Diesbezüglich ist auf die Pisa-Studie zu verweisen wo es u. a. heißt "Integration muss das Ziel im Bildungsbereich sein". Sie fordert, den Elternwillen ernst zu nehmen und diesem eine besonders hohe Gewichtung beizumessen, da die Eltern die Bedürfnisse ihrer Kinder am besten kennen und einschätzen können.

Herr Bürgermeister Stötzel weist die an die Verwaltung gerichteten Vorwürfe zurück. Die Vorlage ist sachgerecht und ausgewogen. Die Einbeziehung des Behindertenbeauftragten obliegt dem federführenden Beigeordneten und ist seines Wissens erfolgt. Er selbst hat in der Öffentlichkeit zu keiner Zeit zum Sinn einer sonderpädagogischen Fördergruppe Stellung genommen sondern lediglich darauf hingewiesen, dass es möglich sein muss, die Fakten gegeneinander abzuwägen und ggf. im Zeitablauf zu anderen Erkenntnissen zu gelangen. Des Weiteren hatte er dem offensichtlich in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, dass Sonderschulen nicht erforderlich wären, widersprochen. Vielmehr ist die hervorragende Arbeit in diesen Einrichtungen und die individuelle Förderung der Kinder herauszustellen. Daneben können im Einzelfall Fördergruppen eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

Herr Bertelmann führt aus, dass sich die UWG-Fraktion eingehend mit der Thematik befasst hat. Auf Grund ihrer unterschiedlichen Behinderungen bedürfen die Kinder einer gezielten individuellen Betreuung. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Sonderschulen, die in der Gesellschaft leider immer noch mit einem negativen Image versehen werden, eine hervorragende Arbeit leisten und entsprechend spezialisiert sind. Für die bestmögliche Förderung der Kinder nach der gemeinsamen Grundschulzeit sind erfahrene Pädagogen sowie eine geeignete Schuleinrichtung und -ausstattung notwendig. Der Vorlage ist zu entnehmen, dass für die Sachausstattung im ersten Jahr lediglich 2000 € zur Verfügung stehen. Ob die Kinder in einer sonderpädagogische Fördergruppe an einer weiterführenden Regelschule mit diesen Sachmitteln und der dargestellten personellen Ausstattung, im Vergleich zu einer spezialisierten Schule, möglichst optimal gefördert werden können, ist seines Erachtens fraglich. Ein wichtiger Faktor in der Abwägung ist andererseits der Wille der Eltern, die die Beschulung ihrer Kinder in einer solchen Gruppe wünschen. Das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sieht sich derzeit nicht in der Lage, eine solche Gruppe aufzunehmen. Wenn aber eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, ist es wichtig, dass diese in der Schule willkommen ist und in das Schulleben integriert wird. Insofern ist eine erneute Überprüfung zu begrüßen.

Herr Walter ist der Meinung, dass die Zuständigkeit des Rates bei der Frage der räumlichen Unterbringung und Ausstattung gegeben ist, nicht aber bei der Beurteilung der pädagogischen Konzeption. In Anbetracht der Aussagen der Fachleute und der Erfahrungen in anderen Städten sollte auch in Siegen eine Integrationsgruppe mit einer gezielten Förderung der Kinder unterstützt werden. Die F.D.P.-Fraktion wird daher dem Vorschlag der CDU zustimmen.

Frau Tielsch bemängelt, dass in der Vorlage nicht alle Aspekte hinreichend berücksichtigt wurden. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Kinder an einer spezialisierten Sonderschule die beste Förderung bekommen, kann diese schwierige Frage nicht losgelöst vom Elternwillen beurteilt werden. Die Eltern wünschen sich ein Stück Normalität im Alltag und ziehen eine sonderpädagogische Fördergruppe vor, obwohl darauf hingewiesen wurde, dass bei Einrichtung einer solchen Gruppe ein Qualitätsverlust gegenüber einer speziellen Förderung an einer Sonderschule entstehen kann. Auch der Bericht über die Erfahrungen an der Hauptschule Buschhütten ist ebenso in die Überlegungen einzubeziehen wie der Hinweis, dass die Haardter-Berg-Schule unter bestimmten Voraussetzungen bereit ist, eine solche Gruppe aufzunehmen. Da die Verwaltungsvorlage nur auf das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium abgestellt ist, kann sie dieser nicht zustimmen und begrüßt daher den Vorschlag, eine erneute Überprüfung vorzunehmen.

- ◆ Auf Bitte der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 18.03 Uhr bis 18.17 Uhr unterbrochen.

Für die SPD-Fraktion bittet Frau Fries, über den Verwaltungsvorschlag und den Änderungsantrag getrennt abstimmen zu lassen. Ergänzend wird von der SPD beantragt, die Option für die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium offen zu halten.

### **Beschluss:**

#### **(über den Verwaltungsvorschlag)**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

**Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 18 Stimmen dagegen (SPD, GRÜNE), 4 Enthaltungen**

---

### **Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Einrichtung einer sozialpädagogischen Fördergruppe an der Hauptschule Winchenbach und an der Hauptschule Haardter Berg zum Schuljahresbeginn 2002/2003 zu prüfen und die Ergebnisse kurzfristig dem Schulausschuss zur Beratung vorzulegen. Dabei müssen die finanziellen Auswirkungen gleich denen am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium sein. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf die Akzeptanz des Lehrerkollegiums und der Schulkonferenz gelegt werden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Beschluss (über den Antrag der SPD-Fraktion):**

Für den Fall, dass die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an der Hauptschule Winchenbach oder der Hauptschule Haardter Berg zum Schuljahresbeginn 2002/2003 nicht möglich ist, wird die Option für den Standort Peter-Paul-Rubens-Gymnasium offengehalten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (18 Stimmen dafür - SPD, GRÜNE), 0 Enthaltungen**

**6. Einbindung einer Schülervertreterin/eines Schülervertreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

Vorlagenr. 1959/2002 - Vorlage vom 16.05.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**7. Städtische Hilfen zur Arbeit**

Vorlagenr. 1923/2002 - Vorlage vom 25.04.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Eberlein an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon



- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
- 6 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gGmbH
- 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.  
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

Vorlage Nr. 1582/2001 + 1582/2001 A - Vorlagen vom 22.11.2001 und 26.04.2002

Herr Schmidt bringt vor, dass sowohl in diesem, als auch im Vertrag unter dem nächsten Tagesordnungspunkt analog anderer Regelungen der Auftrag für das Rechnungsprüfungsamt präzisiert werden sollte. Er beantragt daher, in beiden Verträgen folgendes zu ergänzen: "Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht ein uneingeschränktes Prüfrecht einschließlich der Prüfung aller Belege und Bücher zu."

Herr Rujanski erklärt für die SPD-Fraktion, dass sich diese bei der Abstimmung enthalten wird. Die Notwendigkeit der zu leistenden inhaltlichen Aufgaben wird nicht bestritten, ebenso wenig wird die Kompetenz der vorgeschlagenen Träger angezweifelt. Die Enthaltung richtet sich gegen den von der Verwaltung vorgeschlagenen "neuen" Leistungsvertrag, insbesondere gegen wichtige Passagen und ihre inhaltlichen Ausführungen sowie die unzureichenden Informationen hinsichtlich der Bedarfe und Vergleichbarkeiten von Leistungsangeboten von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, der Vereine und privaten Anbietern. Die Frage der am Markt zu überprüfenden Angebote, von festgelegten Qualitätsstandards im sozialen Bereich ausgehend, darf an dieser Stelle auch nicht tabuisiert werden. Die neuen Verträge stellen nach Auffassung der SPD-Fraktion keine Änderung zum Status Quo bedeuten sondern ausschließlich eine finanzielle Absicherung der Freien Träger.

Herr Krombach bittet, den Ergänzungsantrag dahingehend zu präzisieren, dass sich die Prüfung lediglich auf die städtischen Zuschüsse bzw. die im Vertrag behandelten Angelegenheiten beziehen kann.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1582/2001 als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen unter Berücksichtigung folgender Ergänzung zu.

Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht in dem Bereich der Erledigung städtischer Aufgaben ein uneingeschränktes Prüfungsrecht einschließlich aller Belege und Bücher bezüglich der seitens der Stadt Siegen übertragenen Aufgaben zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 10 Enthaltungen (SPD)**

**9. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. 1583/2001 + 1583/2001 A - Vorlagen vom 22.11.2001 und 29.04.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Groß an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage 1583/2001 als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlagen mit folgender Ergänzung / Änderung zu:

Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen steht in dem Bereich der Erledigung städtischer Aufgaben ein uneingeschränktes Prüfungsrecht einschließlich aller Belege und Bücher bezüglich der seitens der Stadt Siegen übertragenen Aufgaben zu.

In § 8 des neuen Leistungsvertrages ist die Laufzeit vom 01.07.2002 bis zum 31.12.2003 zu begrenzen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 10 Enthaltungen (SPD)**

**10. Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2001**

- 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht**
- 2. Kenntnisnahme der restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben**
- 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss**

Vorlagenr. 1955/2002 - Vorlage vom 14.05.2002

Herr Baumeister berichtet, dass das Haushaltsjahr 2001 geprägt war von Einnahmeausfällen bei der Gewerbesteuer und dem Einkommensteueranteil in einer Größenordnung von 19,3 Mio. DM gegenüber den Einnahmeerwartungen. Durch eine restriktive Haushaltsführung konnte die Fehlbetragsausweitung im Jahresergebnis auf 4,6 Mio. DM begrenzt werden. Somit ist ein Gesamtfehlbetrag im Jahr 2001 in Höhe von 48,2 Mio. DM zu verzeichnen, der im Jahr 2003 zur Abdeckung anstehen wird. Der Vermögenshaushalt gestaltet sich mit ca. 82,4 Mio. DM in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Haushaltsreste von ca. 19,5 Mio. DM wurden in das Haushaltsjahr 2002 übertragen, wobei die Restebildung einem sehr strengen Maßstab unterworfen wurde. Die Summe der Kreditaufnahmen liegt um 4 Mio. unter der Ermächtigung. Er hebt hervor, dass seit 1997 keine Nettoneuverschuldung im investiven Teil des Haushaltes zu verzeichnen ist. Als problematisch stellt sich vielmehr das Auseinanderdriften von Einnahmen und Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb dar.

Herr Mues bittet um Information, welche Aktien zwischenzeitlich veräußert wurden, welche Positionen noch offen sind und auf welche der 10 %-ige Kommunalabschlag entfällt.

Herr Baumeister teilt mit, dass die Verwaltung dem Rat einen besonderen Vorschlag im Hinblick auf die Optimierung des Aktienbestandes und auf Veräußerungsnotwendigkeiten voraussichtlich nach den Sommerferien unterbreiten wird. In diesem Zusammenhang sind auch die von Herrn Mues erbetenen Übersichten zu betrachten. Darüber hinaus ist eine Information über die Bausteine des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, u. a. das von Herrn Mues angesprochene Ressourcenverbrauchskonzept, vorgesehen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis,
2. nimmt die restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 zur Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt:

453.517,27 DM

im Vermögenshaushalt:

880.650,43 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **11. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002**

Vorlagenr. 1964/2002 - Vorlage vom 22.05.2002

Herr Baumeister berichtet ergänzend, dass seit dem 03.06.2002 die Haushaltsgenehmigung ohne Bedingungen und Auflagen vorliegt. Der Landrat als Untere Staatliche Aufsichtsbehörde macht jedoch in einem umfassenden Schriftsatz bestimmte Ausführungen zur Haushaltswirtschaft der Stadt Siegen und gibt Hinweise zur zukünftigen Gestaltung des Haushaltes. Auch zukünftig ist eine Nettoneuverschuldung im Vermögenshaushalt zu vermeiden. Darüber möchte er sichergestellt wissen, dass der Zuschussbedarf bei bestimmten Einrichtungen freiwilliger Art deutlich reduziert wird. Hinsichtlich der Steuersätze wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Stadt Siegen als Haushaltssicherungsgemeinde bei der Grundsteuer B den Handlungsrahmen des Innenministers noch nicht ausschöpft hat. Zu dieser Thematik wird die Verwaltung nach der Sommerpause entsprechende Vorschläge unterbreiten. Darüber hinaus war es erforderlich, so Herr Baumeister weiter, mit Datum vom 18.06.2002 eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre zu verfügen und von allen Fachbereichen einen Konsolidierungsbeitrag von 10 % der disponiblen Ausgaben zu verlangen. Abweichend vom Verfahren der vergangenen Jahre konnte auch der Bereich der freiwilligen Ausgaben nicht außer acht gelassen werden. In der Perspektive für das Jahr 2003 wird deutlich, dass die dramatische Defizitentwicklung kaum noch zu beherrschen sein wird. Die Finanzdezernenten der nordrhein-westfälischen Großstädte haben übereinstimmend festgestellt, dass mit herkömmlichen Konsolidierungsmaßnahmen die kommunale Finanzmisere nicht mehr zu korrigieren sein wird. Beispielsweise könnte in Siegen selbst bei Kappung aller freiwilligen Leistungen und Einrichtungen das strukturelle Defizit nicht ausgeglichen werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Städte nicht in der Lage sein werden, die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

## **12. Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch Akquirierung von Hauptwohnsitzanmeldungen**

Vorlagenr. 1965/2002 - Vorlage vom 21.05.2002

Herr Baumeister verweist auf seine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss hinsichtlich der rechtlichen Aspekte und merkt an, dass zwischenzeitlich zahlreiche andere Universitätsstädte mittlerweile ähnliche Aktionen durchführen. Vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage hat er sich in der Abwägung für eine versuchsweise Durchführung entschieden.

Herr Schiemer bringt vor, dass die in Zusammenhang mit seiner Anfrage zu diesem Thema im Jahr 1999 vorgebrachten rechtlichen Bedenken für ihn nicht ausgeräumt sind sondern in der Abwägung lediglich andere Prioritäten gesetzt wurden.

Bezüglich der Erfahrungen und Beispiele anderer Städte berichtet Herr Baumeister über Aktivitäten der Städte Dresden und Marburg und verweist darüber hinaus auf einen Bericht in "Der Städtetag" aus Oktober 2001. Den Studierenden werden keine zusätzlichen Verwaltungsgebühren bei der Ummeldung entstehen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als Anreiz zur Hauptwohnsitzanmeldung, den Siegener Studierenden, die von außerhalb kommen und ihren Hauptwohnsitz in Siegen anmelden, beginnend mit dem Wintersemester 2002/2003 einmalig die Kosten für das Semesterticket (derzeit 51 EURO) zu erstatten.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen**

## **13. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel;**

**hier:**

- **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- **Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der TÖB**
- **Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 49 "Berghofstraße" und ihre öffentliche Auslegung**

Vorlagenr. 1834/2002 - Vorlage vom 08.04.2002

### **Beschluss:**

(in Abänderung gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meisdorf und seine öffentliche Auslegung mit Begründung unter Berücksichtigung folgender Änderung:  
Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
2. Über die von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der Bürgerbeteiligung vom 07.01. - 21.01.2002 vorgebrachten Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
  - 2.1 Die Anregungen zum Drempel und zu den Dachgauben werden berücksichtigt.
  - 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass von den beteiligten Trägern öffentlicher Belange (TÖB) für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung keine bedeutsamen Planungen und sonstige Maßnahmen angegeben wurden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

14. I. **43. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil (Alt-)Siegen**  
II. **Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" im Stadtteil (Alt-) Siegen;**  
hier:
  - **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
  - **Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen**
  - **Beschluss der Flächennutzungsplanänderung**
  - **Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung**

Vorlagenr. 1844/2002 - Vorlage vom 29.01.2002

**Beschluss:**

(in Abänderung der Ziffern 2.3 und 2.4 gem. Empfehlung des Bauausschusses):

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden zu den beiden Bauleitplänen keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen eines Trägers öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft zu den beiden

Bauleitplänen wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Die von der Pipeline Engineering angeregte planungsrechtliche Sicherung der Ruhrgasleitung LA 416 ist durch das im Bebauungsplan Nr. 308 für das Flurstück 125 festgesetzte Leitungsrecht zugunsten der Stadt Siegen, ESi sowie der Versorgungsträger für Gas, Strom, Wasser und Fernmeldewesen berücksichtigt.
  - 2.2 Der von dem Einwender Auf der Schemscheid 33 vorsorglich eingelegte Widerspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 308 ist gegenstandslos.
  - 2.3 Die von den Einwendern Auf der Schemscheid 15 und 33 angeregte Beseitigung der Engstelle in der Straße Auf der Schemscheid im Bereich des Stützpfeilers der aufgeständerten Hüttentalstraße durch eine separate Fahrspur stadteinwärts wird nicht berücksichtigt.
  - 2.4 Die beiden Schreiben des Einwenders Auf der Schemscheid 22 - 26 werden zur Kenntnis genommen.  
Die Anregung (als Widerspruch bezeichnet) gegen die im Bebauungsplan Nr. 308 festgesetzte Wendeanlage am Ende der Straße Auf der Schemscheid wird zurückgewiesen.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
- 3.1 die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 5 der Vorlage;
  - 3.2 den Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
  - 3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" laut Anlage 6 der Vorlage.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen), 0 Enthaltungen**

## **15. Ausschussneubesetzungen**

### **15.1. Ausschussumbesetzung**

Vorlagenr. 1979/2002 - Vorlage vom 28.05.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Kulturausschuss

Frau Ursula Glagau-Gloor (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Veli Aydin (s. B.)

2. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Gül Ditsch (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Abdullah Özer (s. B.)

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**15.2. Ausschussumbesetzungen**

**hier: Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie u.a.**

Vorlagenr. 2043/2002 - Vorlage vom 18.06.2002 (Tischvorlage)

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herrn Markus Stahl (Stv) als ordentliches Mitglied für Frau Anny Daus (Stv) und Herrn Hermann Klein (AM) als stellvertretendes Mitglied für Herrn Walter Mengel (AM).

2. in den Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte

Herrn Lothar Becker (AM) als stellvertretendes Mitglied.

3. in den Werksausschuss

Frau Reinhilde Katz (Stv) als stellvertretendes Mitglied.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**



**15.3. Ausschussumbesetzung  
hier: Jugendhilfeausschuss**

Vorlagenr. 2046/2002 - Vorlage vom 19.06.2002 (Tischvorlage)

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Michael Greven (AM) als stellvertretendes Mitglied von den Jugendverbänden für Herrn Thomas Steiner (AM) in den Jugendhilfeausschuss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Schulverwaltung  
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum  
16. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Schul- und Bildungswesen</b>	<b>04.06.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

### **Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **1. Definition sonderpädagogischer Fördergruppen**

Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I sind eine im Schulverwaltungsgesetz (§ 4 Abs. 6) vorgesehene Möglichkeit zur schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I.

In ihrem Konzept gehen sie, im Gegensatz zum Schulversuch mit „gemeinsamem Unterricht“ in der Sekundarstufe I, zunächst von einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder aus. Als Teil einer allgemeinen Schule ergeben sich jedoch vielfältige Möglichkeiten, Gemeinsamkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern herzustellen und zu fördern.

Die sonderpädagogische Fördergruppe ist dabei Teil einer allgemeinen Schule. Sie kann in einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule eingerichtet werden.

Für eine sonderpädagogische Fördergruppe sind mindestens 3-4 Kinder erforderlich, als durchschnittliche Größe wird von 8 Kindern ausgegangen. Die Gruppe kann jahrgangsübergreifend gebildet werden. Dieser Gruppe zur Seite gestellt, soll eine Ko-

operationsklasse als „Patenklasse“ gebildet werden, die gemeinsam mit der sonderpädagogischen Fördergruppe Regelklassenstärke nicht überschreitet (als maximal rd. 20 Schülerinnen und Schüler), um auch tatsächlich Plätze für gemeinsame Unterrichtsangebote zur Verfügung zu haben.

Art und Umfang der Einbindung in die Unterrichtsinhalte der Regelschule richtet sich ausschließlich an den Fähigkeiten der Einzelnen in der sonderpädagogische Fördergruppe aus. In der Regel wird der Schwerpunkt der unterrichtlichen Ausrichtung in der sonderpädagogischen Fördergruppe selbst liegen. Hierfür ist eine gesonderte Lehrkraft mit entsprechender Ausbildung vorgesehen.

Dementsprechend ist für die sonderpädagogische Fördergruppe der Unterricht zunächst organisatorisch so zu planen, dass alle Unterrichtsstunden durch die Sonderschulkraft abgedeckt werden können. Im Rahmen der Erstellung eines pädagogischen Programmes sollte darüber hinaus festgelegt werden, wie die Schülerinnen und Schüler der sonderpädagogische Fördergruppe am Schulleben außerhalb des Unterrichtes beteiligt werden können. Hierzu gehört z.B. die Gestaltung von Pausen, die Möglichkeit, Arbeitsgemeinschaften zu wählen, Teilnahme an unterrichtlichen Schulveranstaltungen, an Schulwanderungen, Projektwochen u.ä.

Das **Rahmenkonzept** des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW „Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I“ ist der Vorlage beigelegt.

Die Entscheidung, ob eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, trifft der jeweilige Schulträger durch entsprechenden Ratsbeschluss. ***Ein Rechtsanspruch gegen den Schulträger (Stadt Siegen) auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe besteht nicht.***

Über den sonderpädagogischen Förderbedarf und den schulischen Förderort entscheidet das Schulamt (Kreis Siegen-Wittgenstein), indem es die sonderpädagogische Fördergruppe als geeigneten sonderpädagogischen Förderort benennt. Die Einzelanhörung des Schulträgers bleibt hiervon unberührt.

## **2. Auftrag des Schulträgers:**

Wenn der Bedarf für eine sonderpädagogische Fördergruppe hinsichtlich des Schülersaufkommens festgestellt ist, muss der betroffene Schulträger prüfen, ob in den allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I der *notwendige zusätzliche Unterrichtsraum* einschließlich der ggf. *erforderlichen behindertengerechten Ausstattung* zur Verfügung gestellt werden kann. Außerdem muss der Schulträger, analog zur Förderung an einer Sonderschule, die *notwendigen Lehr- und Lernmittel* zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind auch *schulentwicklungsplanerische Gesichtspunkte* (z.B. *Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen u.ä.*) zu prüfen.

## **3. Aktuelle Ausgangslage:**

### **3.1 Bedarf**

Der Stadt Siegen als Schulträger liegen derzeit 6 Anträge auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe vor.

Aufgrund des sich abzeichnenden Bedarfes wurde von der Schulverwaltung der Stadt Siegen gemeinsam mit dem Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein am

19. Dezember 2001 ein Informations- und Diskussionsgespräch für die Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde im Rahmen einer mündlichen Berichterstattung mit anschließender Diskussion in seiner Sitzung am 21.03.2002 informiert.

Die zur Zeit vorliegenden Anträge betreffen durchweg Kinder, die bisher in der Primarstufe (Grundschulen) im Rahmen des gemeinsamen Unterrichtes beschult wurden.

Das schulträgerspezifische Anforderungsprofil für die Kinder ist nach Auskunft der Schulaufsichtsbehörde wie folgt angegeben:

Vorname:	Sonderpädagogischer Förderbedarf	Art des Schülerfahrverkehrs	Besondere Lehr- und Lernmittel	Behindertenspezifische Baumaßnahmen/-vorgaben
Abdurrahman	Lernbehinderung	Fahrtkosten	Fördermaterialien	-
Felek	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-
Christiane	Körperbehinderung evtl. auch Lernbehinderung	Schülerspezialverkehr (später evtl. Fahrtkosten Linienverkehr)	Fördermaterialien aus Bestand	-
Jana	Körperbehinderung (Lernbehinderung)	Schülerspezialverkehr (z.Zt. durch Eltern)	Laptop und Fördermaterial vorhanden	Rollstuhlfahrerin, Klasse ohne Treppengang
Ahmed	Körperbehinderung	Spezialverkehr mit Zivi-Begleitung	-	-
Gülbeck	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-

### 3.2 Prüfung der sächlichen Voraussetzungen

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, muss der Schulträger u.a. prüfen, ob er die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe erfüllen kann.

Unproblematisch dürfte hierbei der zusätzliche Aufwand für den Schülerfahrverkehr sowie die Beschaffung der besonderen Lehr- und Lernmittel sein.

Bezüglich des Schülerfahrverkehrs ist zunächst festzuhalten, dass in der Regel bei den vorliegenden Anträgen auch Fahrtkosten bei Besuch einer Sonderschule anfallen würden. Die Höhe des Mehrbedarfes aufgrund der geänderten Entfernung dürfte sich nach vorläufiger Einschätzung unter 2.000 €/Jahr bewegen.

Für die Anschaffung einer Grundausrüstung an Fördermaterialien schlägt die Schulaufsicht einen Betrag von 2.000 € im ersten Jahr und 1.000 € in den Folgejahren (Ergänzungsbedarf) vor.

Ähnlich wie bei der Zustimmung für den Gemeinsamen Unterricht sollte auch hier die Stadt Siegen als Schulträger ihre Zustimmung zur Aufnahme in die sonderpädagogische Fördergruppe davon abhängig machen, dass Kosten für zusätzliches therapeutisches oder pflegerisches Personal und Zivildienstleistende der Stadt Siegen als Schulträger nicht entstehen. Nach der derzeitigen Rechtsprechung müssen diese Kosten damit vorbehaltlich einer abweichenden Rechtsprechung zur Klärung über bestehende Erstattungsansprüche des Sozialhilfeträgers gegenüber dem Schulträger vom zuständigen Sozialhilfeträger getragen werden.

Problematisch gestaltete sich die **Suche nach geeignetem Schulraum**. Hierzu wird auch auf die Gebäudedaten und Bedarfsrechnungen im Schulentwicklungsplan

der Stadt Siegen 1998 bis 2003 verwiesen. Für den Bedarfsabgleich wurde dort der schulische Bedarf an Räumlichkeiten in einen Abgleich mit den Raumprogrammempfehlungen für Schulen der jeweiligen Größe gebracht. Dieser Abgleich wurde als einzige vergleichbare und neutrale Bewertung angewandt, wohl wissend, dass die Raumprogrammempfehlungen des Landes unterhalb der tatsächlichen Bedarfe der Schulen liegen. Hierzu sei an fehlende Differenzierungsräume, besondere Raumbedarfe wie z.B. Streitschlichtung u.a. erinnert. Dies bedeutet in der Praxis aber auch, dass die „rechnerisch vorhandenen“ Freikapazitäten in der Schulentwicklungsplanung faktisch schulisch genutzt werden und auch bedarfsgerecht genutzt werden. Die schulische Argumentation eines höheren Bedarfes als das Raumprogramm vorsieht, ist pädagogisch nochvollziehbar und auch begründet. Sie gilt jedoch für alle Schulen in der Stadt Siegen, würde also zum Beispiel auch auf die als „frei“ bezeichneten Räume der beiden Hauptschulen zutreffen. Der Abgleich mit dem Raumprogramm zeigt im Umkehrschluss aber auch die Raumknappheit der Siegener Schulen insgesamt. Das hier im Gefolge des Rückganges der Schülerzahlen insgesamt bei gleicher Gebäudesubstanz keine Entspannung aufgetreten ist, liegt neben einer Entzerrung der Überbelegungen aus der Vergangenheit auch in den schulisch erforderlichen „neuen Raumangeboten“ wie zum Beispiel „Neue Medien“ u.ä. begründet. In der Schulentwicklungsplanung wurden 4 Schulen auf der Basis der Raumprogrammempfehlungen mit geringen „Freikapazitäten“ errechnet.

Dies waren im Erhebungszeitraum (1997/98):

Haardter-Berg-Schule (Hauptschule)

Winchenbachschule (Hauptschule)

Realschule Am Häusling und

Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.

Die aktuellen Schülerzahlenentwicklungen haben keine weiteren „Freikapazitäten“ bei anderen Schulen der Sekundarstufe I ergeben. Gegenüber der damaligen Erhebung sind aktuell folgende Entwicklungen mit räumlicher Relevanz eingetreten.

#### *Hauptschulen:*

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Schüler sind leicht steigend (vergleiche auch Darstellung der räumlichen Situation der Hauptschulen im Zusammenhang mit der Vorlage „Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach“ – Rat 24.4.2002-) Während die Hauptschulen Albertus-Magnus-Schule, Achenbacher Schule, Eiserfeld und Geschwister-Scholl-Schule Raumfehlbedarfe haben, wäre bei den Hauptschulen Haardter Berg und Winchenbach nach derzeitigem Erkenntnisstand im Schuljahr 2002/2003 rechnerisch jeweils ein Klassenraum verfügbar. Diese Räumlichkeiten wurden bisher von dem Weiterbildungskolleg (ehemals Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt) für die Durchführung von Vormittagsunterricht belegt. Sofern die Schülerzahlenentwicklung beider Schulen konstant bleibt, ist davon auszugehen, dass diese (rechnerische) Freikapazität mit dem Schuljahr 2003/2004 nicht mehr vorhanden ist. Für die Haardter-Berg-Schule ist davon auszugehen, dass aufgrund einer erforderlichen weiteren Trennung eines bestehenden Klassenjahrganges zum Schuljahr 2002/2003 diese „freie“ Kapazität bereits mit dem Schuljahresbeginn nicht mehr vorhanden ist.

Beide Schulen kommen jedoch für die Anbindung einer sonderpädagogischen Fördergruppe auch nicht in Betracht, da die baulichen Voraussetzungen (behinderten/rollstuhlgerecht) fehlen und nur mit hohem Aufwand nachträglich erfüllt werden könnten. In Vorgesprächen haben zudem die jeweiligen Schulleitungen zusätzlich ihren hohen Integrationsaufwand im schulformbezogenen Unterricht geltend gemacht.

*Realschulen:*

Wie bereits in der Schulentwicklungsplanung verdeutlicht, haben die Realschulen keine Raumkapazitäten frei. Die im Ausblick auf die mittelfristige Schulentwicklung dargestellten Erhöhungen der Schülerzahlen haben mittlerweile zu Raumengpässen bei allen Realschulen und einer Vielzahl von Doppelnutzungen der vorhandenen Räumlichkeiten geführt, die sich zum Teil hart an der Grenze eines funktionierenden Fachunterrichtes bewegen. Perspektivisch wäre nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues und der Umbaumaßnahmen der Realschule Am Hengsberg für diese Schule eine neue Bewertung sinnvoll.

*Gymnasien:*

Auch hier sind nur geringfügige Änderungen gegenüber der aufgezeigten Entwicklung im SEP 1998 – 2003 eingetreten. Zusätzliche Raumkapazitäten haben sich nicht ergeben. Die geringfügigen Veränderungen in den Schülerzahlen haben sich nicht auf die Raumbedarfe, sondern bestenfalls auf die Klassenstärken ausgewirkt. Zwar sind die Schülerzahlen gerade des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums gegenüber der Prognose um 63 Schülerinnen und Schüler (Stand Schuljahresstatistik 2001/2002) gestiegen, dennoch ist diese Schule derzeit das einzige Gymnasium, dass im Abgleich zu den Raumprogrammempfehlungen aktuell noch einen Raumüberhang (1-2 Räume) aufweist. Dem steht die schulische Rückmeldung auf fehlende räumliche Differenzierungsmöglichkeiten aus der bereits in der Vorlage aufgezeigten Nichtberücksichtigung bestimmter Raumbedarfe im Raumprogramm gegenüber. Im Vergleich bleibt die Schule daher derzeit als die einzige Einrichtung dieser Schulform, die räumlich eine sonderpädagogische Fördergruppe aufnehmen könnte.

*Gesamtschulen:*

Die zwei Gesamtschulen der Stadt Siegen liegen minimal unter dem Bedarf nach der Raumprogrammempfehlung. Freikapazitäten sind nicht vorhanden. Die Zahl der Gesamtschüler wird seit Jahren von der Anzahl der vorhandenen Kapazität bestimmt. Neben den fehlenden Raumreserven würde die Reduzierung der Schülerzahl der „Patenklasse“ die Zahl der jährlichen Schülerabweisungen erhöhen und die Mangelsituation weiter verschärfen.

*Bauliche Sonderanforderungen:*

Bei den Antragstellern auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist eine Rollstuhlfahrerin vertreten. Daher muss das Schulgebäude so ausgerichtet sein, dass zumindest der Betreuungs-/Klassenraum rollstuhlgerecht erreichbar ist und möglichst viele weitere Unterrichtsangebote räumlich erreichbar sind. Entsprechend war die Erreichbarkeit des Schulgebäudes und der Räume mit in die Überlegungen einzubeziehen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass keine Schule der Sekundarstufe 1 unter Trägerschaft der Stadt Siegen von der Zuwegung und den Räumlichkeiten ein Komplettangebot einschließlich Fachräumen und Sport für Rollstuhlfahrer ermöglicht. Bei vielen Schulen (z.B. Winchenbachschule, Gymnasium auf der Morgenröthe, Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gesamtschule Eiserfeld usw.) ist bereits ein Erreichen der Schule oder auch nur eines Klassenraumes für Rollstuhlfahrer ausgeschlossen. Lediglich das Gymnasium Am Löhrtor (Treppenlift), das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (Fahrstuhl) und eingeschränkt die Bertha-von-Suttner-Gesamtschule (Rampe) sind teilweise rollstuhlgerecht ausgebaut. In dem Erweiterungsbau der Realschule am Hengsberg ist der Einbau eines Fahrstuhles enthalten.

### *Räumliches Fazit:*

Auch bei Berücksichtigung der –berechtigten- räumlichen Bedenken der Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums könnte derzeit keine andere Alternative aufgezeigt werden, als die sonderpädagogische Fördergruppe an diesem Gymnasium anzusiedeln. Hierbei müssten die berechtigten Bedenken der Schulleitung jedoch unberücksichtigt bleiben.

### 3.3 Bewertung der schulentwicklungsplanerischen Auswirkungen:

Die Bildung einer sonderpädagogischen Fördergruppe hat zunächst direkte Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen sowie die aufnehmende Schule.

Für die Sonderschulen unter städtischer Trägerschaft kann festgehalten werden, dass die Bildung *einer* Gruppe zu keiner Bestandsgefährdung der bestehenden Sonderschulen führt. Dieser Aspekt ist jedoch in der Zukunft bei weiteren Anträgen jeweils im Einzelfall erneut zu werten.

Sowohl die Schulleitungen der Sonderschulen als auch die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums sind im Vorfeld um Stellungnahme zu der geplanten Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe aufgefordert worden. Diese Stellungnahmen liegen der Vorlage bei.

Die sich im Einzelnen ergebenden Bedenken sind aus Sicht der Schulverwaltung zumindest teilweise nachvollziehbar und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wobei eine inhaltlich pädagogische Wertung nicht in das Aufgabenfeld der Schulverwaltung fällt, sondern in jedem Einzelfall durch die Schulaufsicht gewichtet wird bzw. gewichtet wurde. Unstrittig war in der Beratung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 21.03.2002 die Wertung, dass bei den allgemeinbildenden Schulen aufgrund fehlender spezifischer räumlicher und sächlicher Ausstattung und unterschiedlicher pädagogischer Ausbildungsschwerpunkte der Unterrichtenden in der Vermittlung schulischen Wissens ein Qualitätsverlust in der schulischen Einzelförderung der Kinder der sonderpädagogischen Fördergruppe gegenüber einer schulischen Förderung in einer spezialisierten Sonderschule zu erwarten sei. Die Eltern/Erziehungsberechtigten haben sich auch vor dem Hintergrund dieser Information durch die Schulaufsichtsbehörde für diese Form der Beschulung entschlossen, wobei hauptsächlich als Grund der Wunsch auf eine Teilnahme und ein frühzeitiges möglichst umfangreiches Lernen des Lebens in der Gesellschaft mit ihren Rahmenbedingungen ausschlaggebend war. Hierbei sei am Rande bemerkt, dass Erfahrungen anderer Schulträger mit diesem Beschulungsmodell sehr stark auch die positiven Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer der aufnehmenden Schule hervorheben.

Ein verstärktes Augenmerk bei den Bedenken der Sonderschulen ist sicherlich auf die personellen Probleme dieser Schulform zu legen, da aus dem Bestand des dortigen Lehrpersonals kurzfristig (am nächsten Tag) Vertretungspersonal bei einer Erkrankung der Fachkraft der sonderpädagogischen Fördergruppe zu stellen ist. Alternativen hierzu bestehen jedoch nicht.

Die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums wurde nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Gegebenheiten (siehe vorherige Ausführungen) von der Schulverwaltung angesprochen, eine gesonderte Informationsveranstaltung unter Einbindung der Schulaufsicht ist im Rahmen einer Schulkonferenzsitzung im Februar 2002 erfolgt,

die Schulleitung hat nach weiteren Gesprächen mit Schreiben vom 02.05.2002 (Anlage) eine Stellungnahme abgegeben. Auch hier können die durchaus nachvollziehbare Bedenken aus pädagogischer Sicht nicht im Einzelnen und umfassend durch den Schulträger gewertet werden. Angemerkt werden muss jedoch, dass aufgrund der zieldifferenten Unterrichtung das Ministerium bewusst keine Einschränkung der Schulform vorgesehen hat und es auch bereits vereinzelt sonderpädagogische Fördergruppen an Gymnasien gibt.

Unabhängig von der Schulform ist festzuhalten, dass das im Rahmenkonzept vorgesehene pädagogische Konzept erst noch mit der Schulaufsicht erarbeitet werden muss. Dies ist jedoch antragsunschädlich und kann durchaus der Bezirksregierung nachgereicht werden, da dort bekannt ist, dass gerade bei einer Neueinrichtung und der damit verbundenen Erstaufnahme aller Kinder dieses Konzept in der Regel erst in Abhängigkeit der Gruppenzusammensetzung erarbeitet werden kann.

#### 4. Fazit:

Nach Wertung des in der Vorlage dargestellter Sachverhaltes empfiehlt die Verwaltung aufgrund der räumlichen Situation und der aufgezeigten Bedenken von einer Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 abzusehen.

Wenngleich die Interessenlage der betroffenen Kinder und deren Erziehungsberechtigten nachvollziehbar und erfüllungswert ist, sieht sich die Verwaltung derzeit außerstande, eine für die betroffenen bestehenden Schulen vertretbare Lösung des Zielkonfliktes zugunsten einer Angebotserweiterung für die behinderten Kinder anzubieten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.000 €	3.000 €	100 %	entfällt	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 ff	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung



Dr. Rohr  
Stadtrat

Anlagen: 3  
Rahmenkonzept des Ministeriums  
Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums  
Stellungnahmen der Sonderschulen

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Schulverwaltung  
Bearbeitet von: Herrn Klaus

Datum  
16.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Schul- und Bildungswesen</b>	<b>04.06.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

### **Einbindung einer Schülerverepreterin/eines Schülerverepreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Mit Beschluss vom 28.04.2000 hat der Rat der Stadt Siegen Herrn Muhammed Elemerler als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dirk Faßbender als stellvertretendes beratendes Mitglied für die Dauer der Schulzeit (ca. 2 Jahre) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen gewählt.

Nach Ablauf der Wahlzeit haben die Schülersprecherinnen und Schülersprecher der städtischen Schulen im Rahmen einer Informationsveranstaltung Herrn Hannes Gieseler (Bertha-von-Suttner-Gesamtschule) als beratenden sachkundigen Vertreter und Herrn Tobias Schuster (Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium) als Stellvertreter gewählt.

Nach Ablauf etwa eines Jahres wechselt die Stellvertretung auf Herrn Florian Giermann (Peter-Paul-Rubens-Gymnasium).

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	--	----------------------------------	-----------------

## In Vertretung

Dr. Rohr  
 Stadtrat

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von: Herrn Fischer, Herrn Liedtke, Herrn Hüls-  
mann

Datum  
25.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>15.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

### **Städtische Hilfen zur Arbeit**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehendem pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 11 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
  - 6 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gGmbH
  - 3 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe

zu schaffen.

Die *maximale* Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag pro Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

**Sachverhalt / Begründung:**

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
84.500 €	252.000 €	84.000 €		<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH erfolgt im UA 498	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 84.000 €	Haushaltsstelle
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr  
Stadtrat

Anlagen: 4

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen  
Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.  
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1582/2001!!! Weil die schon archiviert  
war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungs-  
vertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich Fachbereichsleiter 5  
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>19.02.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>28.02.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>06.03.2002</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen</b>	<b>23.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.  
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

### **Sachverhalt / Begründung:**



## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Herrn Erner

Datum  
14. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**05.06.2002**

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

### **Jahresrechnung der Stadt Siegen für das Haushaltsjahr 2001**

- 1. Kenntnisnahme des Jahresrechnungsergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht**
  - 2. Kenntnisnahme der restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben**
  - 3. Überweisung der Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss**
- 

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen

1. nimmt von dem Ergebnis der Jahresrechnung 2001 Kenntnis,
2. nimmt die restlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2001 zur Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt:

453.517,27 DM

im Vermögenshaushalt:

880.650,43 DM

3. überweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Nachdem die Verwaltung bereits mit Vorlage vom 31.01.2001 den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat der Stadt Siegen in ihren Sitzungen am 13.02.

und 27.02.2002 über das vorläufige Jahresabschlussergebnis 2001 unterrichtet hatte, wird dem Rat nunmehr nach § 93 GO NW die vom Stadtkämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister festgestellte Jahresrechnung 2001 mit Rechenschaftsbericht vorgelegt.

Nachgewiesen ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und der Stand des Vermögens sowie der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres.

Der Rat verweist die Jahresrechnung zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss. Über die geprüfte Jahresrechnung und damit zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters beschließt der Rat nach § 94 GO NW spätestens bis zum 31. Dezember des folgenden Jahres.

1. Kenntnisnahme des Jahresabschlussergebnisses 2001 mit Rechenschaftsbericht

Als Anlage überreiche ich die Jahresrechnung 2001 mit den vorgeschriebenen Unterlagen - Rechenschaftsbericht -.

Die Haushaltsrechnung schließt wie folgt ab:

Verwaltungshaushalt (Seiten 4 und 5 des Rechenschaftsberichtes)

	Rechnungsergebnis DM	Haushalts-Soll DM
Soll-Einnahmen - bereinigt -	345.987.715,17	359.741.000,00
Soll-Ausgaben - bereinigt -	394.214.016,09	403.291.500,00
<b>Gesamt-Fehlbetrag 2001</b>	<b>48.226.300,92</b>	<b>43.550.500,00</b>
davon originärer Fehlbetrag 2000	9.402.290,87	4.726.500,00
<b>Abschlussverschlechterung</b>		<b><u>4.675.800,92</u></b>

Vermögenshaushalt (Seiten 6 und 7 des Rechenschaftsberichtes)

	Rechnungsergebnis DM	Haushalts-Soll DM
Soll Einnahmen und Soll-Ausgaben - bereinigt-	58.555.351,32	82.381.000,00
<b>Fehlbetrag / Überschuss 2001</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Im Abschluss wurde der Rücklage aus dem Vermögenshaushalt ein Betrag in Höhe von 124.600 DM gem. § 41 Abs. 3 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung zugeführt. Es handelt sich hierbei um abgelöste Stellplatzbeträge, die innerhalb des Rücklagenbestandes zweckgebunden separiert werden.

Die wesentlichen Abweichungen der Rechnungsergebnisse von den Haushaltsansätzen sowie die Abwicklung der Verpflichtungsermächtigungen sind im Rechenschaftsbericht erläutert.

## 2. Restliche über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2001

Nach § 82 Abs. 1 GO NW i. V. m. dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 24. November 1995 sind - mit Ausnahme der geringfügigen - alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben dem Rat zur Kenntnis vorzulegen. Im Rahmen des Rechenschaftsberichtes 2001 sind entsprechend der bisherigen Handhabung alle ergebnisrelevanten über- und außerplanmäßigen Ausgaben dargestellt.

Folgende über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind noch zur Kenntnis zu nehmen:

im Verwaltungshaushalt	453.517,27 DM
im Vermögenshaushalt	880.650,43 DM

Die Haushaltsüberschreitungen im Einzelnen mit den jeweiligen Begründungen sind aus den Zusammenstellungen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes im Rechenschaftsbericht (Anlage 3) zu ersehen.

In Vertretung

Gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Ulf Stötzel

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Zentrales Finanzcontrolling  
Bearbeitet von: Gerold Urrigshardt

Datum  
22.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**05.06.2002**

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **1. Verwaltungshaushalt**

In der zukünftigen Berichterstattung zum Haushaltsvollzug im Verwaltungshaushalt werden die Haupteinnahme- und Ausgabearten in ihrer bisherigen Abwicklung und mit der jeweiligen Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis dargestellt. Detaillierte Erläuterungen zu einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen (Haushaltsstellen) werden nur dann aufgeführt, wenn diese das Ergebnis des Gesamthaushaltes signifikant beeinflussen. Die Fachausschüsse werden von den jeweiligen Organisationseinheiten über die Abwicklung der Fachbereichs- und Institutsbudgets (Stand 30.04.2002) in Kenntnis gesetzt.

**Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine endgültig abgesicherte Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis möglich ist. Dies trifft insbesondere für die von der Stadt nicht beeinflussbare Einnahmeentwicklung bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu. Bei diesen tragenden Einnahmepositionen können sowohl negative als auch positive Entwicklungen das Jahresergebnis nachhaltig beeinflussen.**

#### **1.1 Verwaltungshaushalt - Einnahmen - (in Mio. €)**

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.2002	noch anzuordnen	Prognose zum Jahres- ergebnis 2002	Abweichung der Prognose vom HH-Soll	Abweichung der Prognose vom HH-Soll in %
<b>Steuern, allg. Zuweisungen</b>	120,85	62,16	58,69	109,50	-11,35	-9,39%
<b>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</b>	42,29	23,78	18,52	41,19	-1,10	-2,60%
<b>sonstige Finanzeinnahmen</b>	25,00	3,30	21,70	25,80	0,80	3,20%
<b>Einnahmen gesamt:</b>	188,14	89,24	98,90	176,49	-11,65	-6,19%

### 1.1. a) Steuern, allgemeine Zuweisungen

Die voraussichtlich in diesem Haushaltsjahr zu befürchtenden immensen Einnahmerückgänge bei den Steuern, allgemeinen Zuweisungen von rd. 11,35 Mio. € setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

#### Gewerbsteuer nach Ertrag

Die im Haushalt 2002 eingestellte Einnahmeerwartung bei der Gewerbsteuer nach Ertrag geht von 33,0 Mio. € aus. Zum Berichtsstichtag 30.04.2002 waren lediglich rd. 24,63 Mio. € (74,64 %) auf das Haushalts-Soll angeordnet.

Die Gewerbsteuer ist zu einer nicht mehr kalkulierbaren Einnahmequelle geworden. Auf die verschiedentlich hierzu vorgenommene Berichterstattung wird verwiesen. Es kann derzeit nicht seriös prognostiziert werden, wie sich das Jahresergebnis tatsächlich abbilden wird. Gleichwohl ist von einer weiteren Erosion dieser Einnahmegrundlage auszugehen. Ausschließlich zum Zwecke der frühzeitigen Kalkulation gehe ich davon aus, dass das Rechnungsergebnis 2002 lediglich rd. 27,0 Mio. € betragen wird. Das entspricht einer Mindereinnahme von rd. 6,0 Mio. € gegenüber der Einnahmeerwartung laut Haushaltsplan.

Gegenüber dem bereits negativen Rechnungsergebnis 2001 (rd. 30,9 Mio. €) bedeutet dies einen nochmaligen Einnahmeverlust von rd. 3,9 Mio. €. Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 1999 (rd. 41,98 Mio. €) ergibt sich ein Rückgang von 35,69% bzw. rd. 14,98 Mio. €.

#### Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Das landesseitig zu verteilende Aufkommen an der Lohn- und Einkommensteuer ist - entgegen der Prognose im Orientierungsdatenerlass des Innenministeriums NW - im 1. Quartal 2002 und unter Berücksichtigung der Schlussabrechnung 2001 gegenüber dem Vorjahr um rd. 13 % eingebrochen.

Rechnet man das vereinnahmte Aufkommen des 1. Quartals 2002 für das Gesamtjahr hoch, so ergäbe sich bei gleichbleibender negativer Entwicklung ein Einnahmeausfall bei der Stadt Siegen in Höhe von rd. 4,8 Mio. € bzw. rd. 14,7 % (Haushaltsansatz 32,7 Mio. € / prognostiziertes Jahresergebnis 27,9 Mio. €). Der weitere Jahresverlauf wird zeigen, ob es zu solch einer desaströsen Entwicklung bei dieser Steuerquelle kommt.

### 1.1. b) Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Das prognostizierte Jahresergebnis bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb schließt auf der Grundlage des derzeitigen Bewirtschaftungsstandes mit einem Defizit von rd. 2,6 % bzw. rd. 1,1 Mio. € ab. Hierfür sind im Wesentlichen Mindereinnahmen aus verschiedenen Gebühren- und Entgeltbereichen verantwortlich.

### 1.1. c) Sonstige Finanzeinnahmen

Im Bereich der sonstigen Finanzeinnahmen wird von einer Verbesserung im Jahresergebnis von rd. 0,8 Mio. € ausgegangen. Dieses positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf prognostizierte Mehreinnahmen aus Beteiligungserträgen und den damit zusammenhängenden Steuererstattungen zurückzuführen.

## 1.2. Verwaltungshaushalt - Ausgaben – (in Mio. €)

	HH-Soll 2002	AO-Soll 30.04.02	Aufträge 30.04.02	noch verfügbar	Prognose zum Jahres ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose vom HH-Soll in %
sonstige Personal- ausgaben	2,23	0,95	0,01	1,27	2,13	-0,10	-4,48%
Persönliche Ausgaben SN A	55,56	19,79	0,00	35,77	56,26	0,70	1,26%
sächlicher Ver- waltungs- und Betriebsaufwand	42,83	19,16	2,04	21,63	43,20	0,37	0,86%
Zuweisungen und Zuschüsse	36,18	22,03	0,02	14,13	36,85	0,67	1,85%
sonstige Finanzausgaben	76,63	39,87	0,00	36,76	75,19	-1,44	-1,88%
<b>Ausgaben gesamt:</b>	<b>213,43</b>	<b>101,80</b>	<b>2,07</b>	<b>109,56</b>	<b>213,63</b>	<b>0,20</b>	<b>0,09%</b>

### 1.2. a) Sonstige Personalausgaben

Die sonstigen Personalausgaben werden sich voraussichtlich im Jahresergebnis um rd. 0,1 Mio. € verringern.



## 1.2. b) Personalausgaben SN A

Die von der Abteilung 2/2 – Personal - vorgenommene Personalkostenanalyse weist in der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis ein Überschreiten des durch den Rat der Stadt Siegen beschlossenen Haushaltsansatzes (rd. 55,56 Mio. €) um rd. 0,7 Mio. € (rd. 1,26 %) auf rd. 56,26 Mio. € aus.

Um den vom Rat vorgegebenen Haushaltsansatz erreichen zu können, sind über den bisherigen Umfang hinausgehende restriktive personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. das Verhängen einer Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen, erforderlich.

## 1.2. c) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die Prognosen der Organisationseinheiten zum sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand ergeben derzeit aggregiert eine voraussichtliche Überschreitung des Haushaltsansatzes (rd. 42,83 Mio. €) um rd. 0,37 Mio. € bzw. 0,86 % auf rd. 43,20 Mio. € aus.

Die Fachbereiche und Institute sind aufgefordert, diese geringfügige Überschreitung im laufenden Haushaltsjahr durch geeignete Maßnahmen aufzufangen.

## 1.2. d) Zuweisungen und Zuschüsse

Die im Jahresergebnis für die Zuweisungen und Zuschüsse ausgewiesene Ausgabenausweitung von rd. 0,67 Mio. € ist im Wesentlichen durch Mehrausgaben im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von rd. 1,26 Mio. € bedingt, die hauptsächlich durch Minderausgaben im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes teilweise aufgefangen werden können.

## 1.2. e) Sonstige Finanzausgaben

Das voraussichtlich um 1,45 Mio. € reduzierte Jahresergebnis 2002 bei den sonstigen Finanzausgaben resultiert im Wesentlichen aus Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rd. 0,83 Mio. € und der Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit in Höhe von rd. 0,39 Mio. €.

## 1.3. Verwaltungshaushalt - Entwicklung des Zuschussbedarfes - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.2002	Aufträge 30.04.2002	noch anzuordnen / noch verfügbar	Prognose zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose vom HH- Soll	Ab- weichung der Prognose vom HH- Soll in %
<u>Einnahmen</u> <u>gesamt:</u>	188,14	89,24		98,90	176,49	-11,65	-6,19%
<u>Ausgaben</u> <u>gesamt:</u>	213,43	101,80	2,07	109,56	213,63	0,20	0,09%
<u>Zuschuss(-) /</u> <u>Überschuss(+)</u>	-25,29	-12,56			-37,14	-11,85	46,86%

Der tabellarisch ausgewiesene Zuschussbedarf von rd. 25,29 Mio. € im Haushalts-Soll setzt sich aus dem zu finanzierenden Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von rd. 23,70 Mio. € und einem für 2002 geplanten originären Defizit von rd. 1,59 Mio. € zusammen.

**Auf der Grundlage der Prognosen der Organisationseinheiten aller Geschäftsbereiche erhöht sich das originäre Defizit in 2002 um voraussichtlich rd. 11,85 Mio. € auf rd. 13,44 Mio. €. Auch unter der Berücksichtigung, dass die erstellten Prognosen noch einer gewissen Schwankungsbreite unterliegen, kann davon ausgegangen werden, dass das tatsächliche Ergebnis bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nicht gravierend von der jetzt erstellten Prognose (zusammen rd. 10,8 Mio. € Ausfall) abweichen wird.**

### **Konsequenzen:**

Das vorstehende Ergebnis zeigt, dass sich die ohnehin schwierige Haushaltslage der Stadt Siegen voraussichtlich weiter dramatisch verschlechtern wird.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 liegt derzeit noch nicht vor. Kämmererseitig werden derzeit quartalsweise lediglich 20 % der Ausgabehaushaltsansätze zur Bewirtschaftung freigegeben. Die hierzu von mir erlassene Bewirtschaftungsrichtlinie beabsichtige ich, für das gesamte Haushaltsjahr aufrecht zu halten. Weitergehende einschränkende haushaltswirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Verfügung einer Haushaltssperre, werde ich nach Genehmigung des Haushaltes 2002 vornehmen. Die Unterrichtung der städtischen Gremien ist dabei obligatorisch.

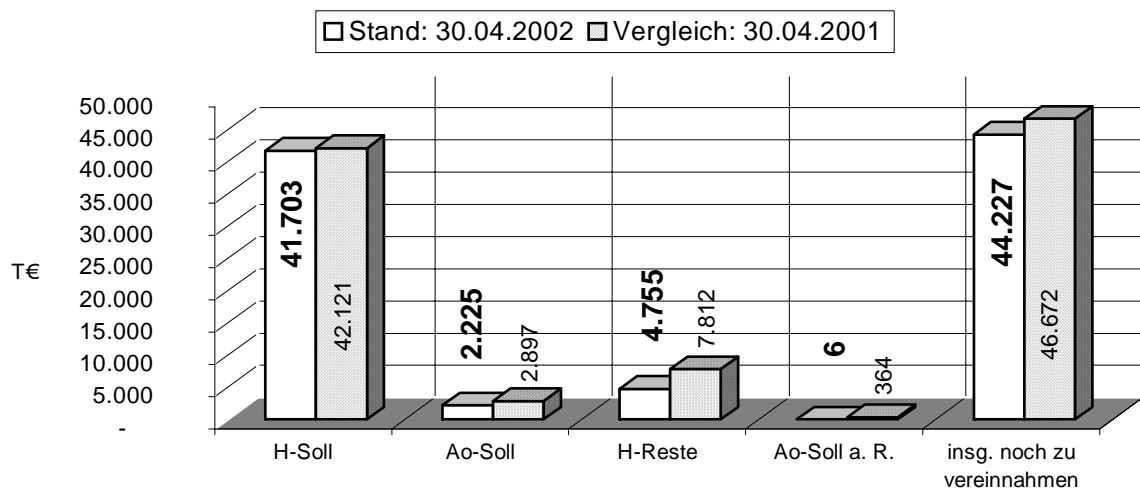
Gleichwohl ist erkennbar, dass wegen der relativ gering gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten auf das städtische Ausgabevolumen die sich abzeichnende Fehlbetragsausweitung auch durch eine Haushaltssperre nicht annähernd kompensiert werden kann.

Davon unabhängig sind alle Organisationseinheiten zur äußerst restriktiven Mittelbewirtschaftung in den Ausgabebereichen und zur konsequenten Einnahmeerwirtschaftung verpflichtet.

Die bereits jetzt prognostizierten Budgetabweichungen sind durch geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen der einzelnen Organisationseinheiten im Laufe des Jahres aufzufangen.

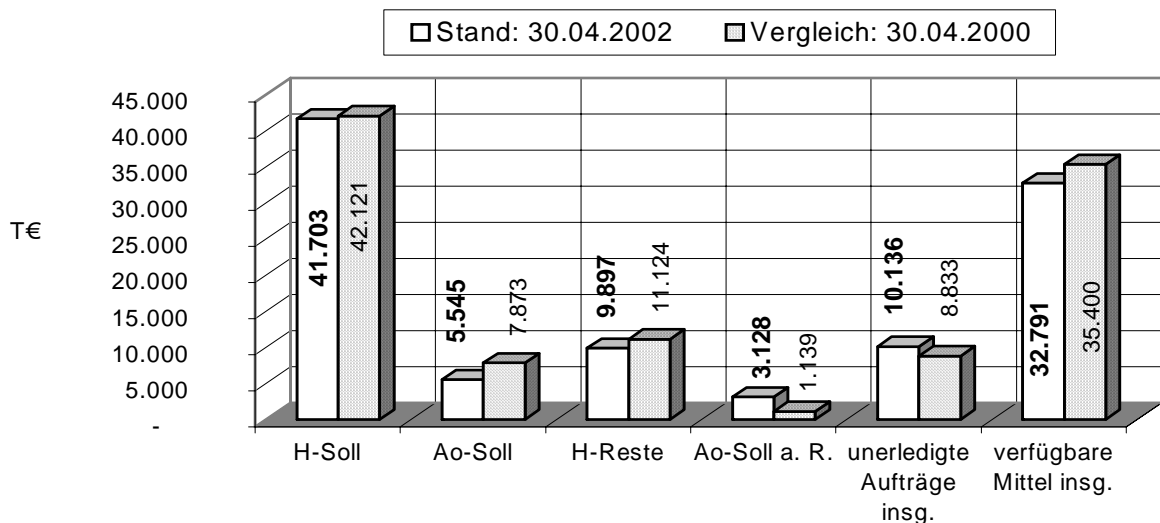
Eine fortwährende aufgabenkritische Einstellung aller Verantwortlichen in den Organisationseinheiten der Verwaltung und in der Politik muss monetäre Erfolge aufweisen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Siegen nicht noch weiter einzuschränken.

## 2.1 Vermögenshaushalt – Einnahmen – (Tabelle in T€)



100% / 5,34% (6,95%) / 100% / 0,13% (4,66%) / 95,20% (93,47%)  
(In Klammern: Werte zum 30.04.2001)

## 2.2 Vermögenshaushalt - Ausgaben – (Tabelle in T€)



100% / 13,30% (18,69%) / 100% / 31,61% (10,24%) / 19,64% (16,59%) / 63,55% (66,49%)  
(In Klammern: Werte zum 30.04.2001)

## 2.3 Erläuterungen zur Abwicklung des Vermögenshaushaltes

Bis zur Rechtskraft der Haushaltssatzung sind die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung zu beachten. Für den Vermögenshaushalt bedeutet dies, dass keine neuen Maßnahmen begonnen, sondern nur Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortgesetzt werden dürfen, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Haushaltsansätze oder Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen waren. Aufgrund dieser Tatsache ist zum jetzigen Zeitpunkt die Abgabe einer Prognose zum Jahresergebnis im Vermögenshaushalt nicht sinnvoll und wird daher auch nicht ausgewiesen.

Der sich im Wesentlichen aus Fortsetzungsmaßnahmen zusammensetzende investive Teil des Vermögenshaushaltes (Einzelpläne 0 - 8) hat ein Gesamtvolumen (H-Soll + H-Reste) von 35.953 T€ (72,2 % des Gesamt-Solls).

Neben den bisher getätigten Ausgaben (AO-Soll + AO-Soll auf Reste) von insgesamt 8,673 Mio. € (16,81 %) wurden Aufträge in einer Höhe von 10,136 Mio. € (19,64 %) erteilt.

Eine wesentliche Einnahmeposition des Vermögenshaushaltes sind mit rd. 8,0 Mio. € (19,18 % des H-Solls) die veranschlagten Erlöse aus der Veräußerung von RWE-Aktien. Mit diesem Betrag soll die Zuführung an den Verwaltungshaushalt (zur Verringerung des originären Fehlbedarfs im Jahre 2002) mit 8,0 Mio. € finanziert werden.

### **3. Kassenlage**

Die Kassenlage ist wie im Vorjahr äußerst angespannt und wird sich durch die dargestellte Einnahmesituation im Verwaltungshaushalt weiter verschärfen.

Zum Jahresbeginn 2002 betrug das Kassenkreditvolumen zur Sicherung der Kassenliquidität rd. 48,57 Mio. €. Zum Berichtszeitpunkt 30.04.2002 hatten sich die Kassenkredite auf ein Niveau von rd. 63,59 Mio. € ausgeweitet.

Gegenüber dem Stand des Vorjahres (30.04.2001) von 57,78 Mio. € bedeutet dies eine Zunahme von 10,05 %.

Der Zinssatz für die Kassenkredite bewegte sich in 2002 bis zum 30.04. zwischen 1,56 % und 3,49 %. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden bereits rd. 1,2 Mio. € an Zinszahlungen zur Sicherung der Kassenliquidität aufgewendet.

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich 6  
Bearbeitet von: Herrn Nöh, Herrn Sauerland

Datum  
21.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**05.06.2002**

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

### **Verbesserung der städtischen Einnahmesituation durch Akquirierung von Hauptwohnsitzanmeldungen**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, als Anreiz zur Hauptwohnsitzanmeldung, den Siegener Studierenden, die von außerhalb kommen und ihren Hauptwohnsitz in Siegen anmelden, beginnend mit dem Wintersemester 2002/2003 einmalig die Kosten für das Semesterticket (derzeit 51 EURO) zu erstatten.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

In Siegen studieren derzeit rd. 10.800 Studentinnen und Studenten. Von diesen stammen nach Angaben der Universität ca. 40 % aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein (incl. Stadt Siegen). Bei einer gewichteten Betrachtung nach der Einwohnerzahl aller kreisangehörigen Gemeinden und Städte kämen demnach ca. 1.500 Studierende unmittelbar aus Siegen und rd. 2.500 aus den Nachbargemeinden. Über 6.000 Studierende kommen aus der Region (Nachbarkreise) und auch aus weiteren Gebieten.

Insbesondere die Studierenden mit Wohnung/Zimmer in Siegen nutzen auch die Einrichtungen und Verkehrswege der Stadt. Die Stadt Siegen hat dafür zu sorgen, dass ihnen die Einrichtungen und Dienstleistungen zur Verfügung stehen, dass sie erhalten, erneuert und verbessert werden, dass neue geschaffen werden. Ob Theater, Sportplatz, Schwimmbad, Straßen, Plätze, Radwege, Buslinien, kulturelle und soziale Angebote, etc. - damit die Studierenden hier in Siegen gut leben können -, muss die Stadt finanzielle Mittel aufwenden. Die Stadt Siegen kann ihr Angebot an die Bürgerinnen und Bürger, Einwohnerinnen und Einwohner nur dann aufrechterhalten und attraktiver machen, wenn genügend Geld dafür vorhanden ist.

Auf der städtischen Einnahmenseite stellen die staatlichen Zuschüsse eine beachtliche Position dar. Diese (u.a. Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz) sind auch davon abhängig, wie viele Einwohner/-innen mit Hauptwohnung gemeldet sind. Da sich viele Studierende entweder gar nicht oder nur mit Nebenwohnung anmelden, erhält die Stadt Siegen hierfür keine entsprechenden Zuweisungen. Dennoch muss sie ihr Angebot auch für diesen Personenkreis vorhalten bzw. auf diesen ausweiten. Dadurch wird der "Stadtsäckel" im Vergleich zu anderen Gemeinden zusätzlich belastet.

Die Studierenden sollen die Vorzüge ihres Studienortes genießen können und sich hier wohl fühlen. Dafür sollten sie ihn auch unterstützen. Der einfachste Weg dazu ist mit der Anmeldung der Hauptwohnung in Siegen aufgezeigt. Wer eine Wohnung/ein Zimmer bezieht, muss sich bei der entsprechenden Meldebehörde anmelden, und zwar innerhalb einer Woche, nachdem die Wohnung bezogen wurde. Dabei stehen die Studierenden vor der Frage: Melde ich mich mit einer Hauptwohnung oder einer Nebenwohnung an? Als Hauptwohnung gilt die vorwiegend benutzte Wohnung. Studierende haben nach der Rechtsprechung ihre Wohnung dort, wo sie sich innerhalb eines Jahres voraussichtlich überwiegend (mehr als 6 Monate) aufhalten. Dabei bestimmt sich die vorwiegende Benutzung der Wohnung nicht nach der Dauer des Aufenthaltes in der Wohnung selbst, sondern nach der Dauer des Aufenthaltes an dem Ort, in dem sich die Wohnung befindet.

Die derzeitigen und künftigen Siegener Studierenden sollen entsprechend informiert werden mit dem Ziel, entsprechend der melderechtlichen Bestimmungen ihre derzeitige bzw. neue Wohnung in Siegen für die Zeit ihres Studiums als Hauptwohnung anzumelden.

Da einige Universitätsstädte (z.B. Dresden, Gießen, Marburg) bereits als Vorreiter von Initiativen zur Anmeldung des Hauptwohnsitzes mit bemerkenswerten, unterschiedlichen Anreizen/Unterstützungen werben, wurde zunächst nach einer Siegen-spezifischen Variante der Unterstützung gesucht. Naheliegend wäre die Ausdehnung der Leistungen nach dem Siegener Ausweis auf Studierende mit Hauptwohnsitz in Siegen.

Bei der generellen Ausweitung der Anspruchsberechtigung für alle Studenten auf den Siegener Ausweis ist jedoch mit erheblichen finanziellen Einbußen bei der Musikschule und der Volkshochschule zu rechnen, die nicht mehr als haushaltsverträglich für die betreffenden Unterabschnitte zu bezeichnen sind.

Daher wurden andere Vergünstigungen/Möglichkeiten näher betrachtet:

Nach eingeholten Informationen anderer Universitätsstädte in Deutschland fielen insbesondere drei Städte durch ihre attraktiven Maßnahmen auf:

### **Dresden**

Die Landeshauptstadt Dresden zahlt auch im Jahr 2002 eine Umzugsbeihilfe an Studierende, die in Dresden studieren und ihren Hauptwohnsitz deshalb erstmals von außerhalb nach Dresden verlegen.

Die Anmeldung der Hauptwohnung muss in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2001 erfolgt sein. Danach kann der Student oder die Studentin die Umzugsbeihilfe in Höhe von 250 Euro beim Studentenwerk Dresden beantragen.

Sie wird für die Dauer des Studiums nur einmal gewährt.

### **Marburg**

Studierende in Marburg mit Hauptwohnsitz bekommen 11 Euro für das Semesterticket pro Semester von der Stadt zurückerstattet.

### **Gießen**

Studierende in Gießen mit Hauptwohnsitz bekommen einmalig die Kosten für das Semesterticket von der Stadt zurückerstattet.

Studierende mit Hauptwohnsitz können außerdem bei geringem Einkommen den "Gießen-Pass" beantragen. Damit vergünstigen sich die Eintrittspreise fürs Schwimmbad und fürs Theater. Der Gießen-Pass ist aber nicht mit dem Siegener Ausweis vergleichbar. In der Stadt Siegen erhalten die Studierenden mit ihren Studentenausweisen bereits Vergünstigungen, die den Leistungen des Gießen-Passes zum Teil entsprechen.

Es wird daher vorgeschlagen - wie in Gießen -, einmalig die Kosten für das Semesterticket (in Siegen derzeit 51 EURO) „als Begrüßungsgeschenk“ zu erstatten. Gegenüber den einheimischen Studierenden würde dies keine unzulässige Bevorteilung darstellen, da „auswärtige“ Studierende wegen der doppelten Haushaltsführung in der Regel durch höhere Fahrtkosten belastet werden.

Die Zuschussgewährung ist über die zu erwartende positive Auswirkung auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen zu kompensieren. Pro Einwohner betragen die Zuweisungen 2002 gemäß GFG rd. 683 EURO. Davon abzuziehen ist der Betrag, der an den Kreis Siegen-Wittgenstein in Höhe von rd. 213 EURO als Kreisumlage abzuführen ist. Mithin verbleiben mit jeder Neuanschuldung rd. 470 EURO jährlich für den städtischen Haushalt. Bei dieser Zuschuss-Regelung verbleiben netto deutlich Überschüsse im städtischen Etat. Dies wird mit den nachstehenden, beispielhaften Vergleichsberechnungen belegt.

### **Vergleichsberechnungen:**

Mehreinnahme Schlüsselzuweisungen (netto nach Abzug Kreisumlage)				
bei <b>50</b> Neuanschuldungen Hauptwohnsitz	x	470 EURO	=	23.500 EURO
Zuschuss Semesterticket <b>50</b>	x	51 EURO	=	2.550 EURO
„Ertrag“ für den städtischen Haushalt			=	20.950 EURO

Mehreinnahme Schlüsselzuweisungen (netto nach Abzug Kreisumlage)				
bei <b>250</b> Neuanschuldungen Hauptwohnsitz	x	470 EURO	=	117.500 EURO
Zuschuss Semesterticket <b>250</b>	x	51 EURO	=	12.750 EURO
„Ertrag“ für den städtischen Haushalt			=	104.750 EURO

Mit entsprechenden Werbeaktivitäten sollen die derzeitigen und künftigen Sieger Studierenden informiert werden. Diese Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind nicht als einmalige Aktion angelegt. Es müssen zahlreiche Dienststellen, Institutionen etc. eingebunden werden. Dazu haben bereits mehrere Vorgespräche mit dem Studentenwerk und dem ASTA der Uni Siegen stattgefunden. In diesen wurde eine engere Kooperation vereinbart.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
können derzeit noch nicht abge-	können derzeit noch nicht abge-	über Mehreinnahmen im Finanz-		<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH überplanmäßig im UA 111	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum  
08.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss I - Geisweid</b>	<b>02.05.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>13.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel;**

**hier: & Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**

**& Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und der TÖB**

**& Beschluss der 1. Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 49 "Berghofstraße" und ihre öffentliche Auslegung**

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 3 (2) BauGB den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Siegen-Meiswinkel und seine öffentliche Auslegung mit Begründung.
2. Über die von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der Bürgerbeteiligung vom 07.01. - 21.01.2002 vorgebrachten Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
  - 2.1 Die Anregungen zum Drempel und zu den Dachgauben werden berücksichtigt.
  - 2.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass von den beteiligten Trägern öffentlicher Belange (TÖB) für den Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung keine bedeutsamen Planungen und sonstige Maßnahmen angegeben wurden.

## **Sachverhalt / Begründung:**

Das Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das gesamte Plangebiet. Die Bebauung des Plangebietes ist bis auf wenige Baulücken abgeschlossen.

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" sind Eigenheime in Flachdach- und Satteldachbauweise errichtet worden. Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der Berghofstraße und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind.

Diese Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In den anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig. Entsprechend sind die Häuser so errichtet worden.

Mit der Begründung, Wohnraum zu schaffen und deshalb neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, ist von einigen Bürgern diese Änderung beantragt worden.

In der Zeit vom 07.01. bis 21.01.2002 ist eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Die Niederschrift ist als Anlage beigelegt. Während dieser Bürgerbeteiligung sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, Drempele und Dachgauben zuzulassen. Den Anregungen wird gefolgt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation werden die Gestaltungsvorschriften des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" wie folgt geändert:

### Dächer

1. Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
2. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
3. Dachaufbauten sind mit einer Mindestdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein.  
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunterliegenden Außenwandbreite betragen.
4. Drempele sind nur bis 0,50 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
5. Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mindestens lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mindestens ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

6. Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

### Offenlegungsbeschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt - wie unter Ziff. 1. der Vorlage aufgeführt - die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" und seine öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit Begründung.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: 2

# B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße"  
im Stadtteil Siegen-Meiswinkel

## 1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Meiswinkel an der Berghofstraße und ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

## 2. Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung liegt in einem mit frei stehenden Eigenheimen bebauten Bereich beidseitig der Berghofstraße.

Die Grundstücke des Planbereiches sind größtenteils bebaut.

Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der "Berghofstraße" und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind. Die Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

Mit der Begründung, neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, um Wohnraum zu schaffen und der Flachdachproblematik zu entgehen, ist die Zulassung von Satteldächern beantragt worden.

Eine daraufhin von der Stadt Siegen durchgeführte Anwohnerbefragung ergab, dass sich die Mehrheit für eine Änderung der Gestaltungsvorschriften ausgesprochen hat, während vier Anlieger sich gegen eine Änderung ausgesprochen haben. Während der Bürgerbeteiligung ist die Zulassung von Drempeln und Gauben beantragt worden. 2 Bürger haben die Änderung begrüßt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation sollen folgende Festsetzungsvorschläge umgesetzt werden:

### Dächer

2.1 Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

2.2 Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.

- 2.3 Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
- 2.4 Drennpel sind nur bis 0,50 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
- 2.5 Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Braunton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.
- 2.6 Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

### **3. Erschließung, Ver- und Entsorgung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Stellplätze**

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die vorhandenen Erschließungsstraßen.

Die Ver- und Entsorgung ist durch die vorhandenen Leitungsnetze sichergestellt.

Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch die Bebauungsplanänderung nicht ausgelöst.

Stellplätze müssen, soweit Dachgeschosse zu Wohnzwecken ausgebaut werden und eine selbständige Wohnung entsteht, auf den Grundstücken selbst nachgewiesen werden.

### **4. Kosten**

Kosten entstehen der Stadt durch diese Bebauungsplanänderung nicht.

Siegen, im März 2002

Stadt Siegen  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
I. A.

Ulrike Rohr

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7/1  
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum  
29.01.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss V - West</b>	<b>22.04.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>29.04.2002</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>16.05.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>05.06.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>19.06.2002</b>

Betreff:

**I. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil (Alt-)Siegen**  
**II. Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" im Stadtteil (Alt-) Siegen;**  
**hier:**

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung

### **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden zu den beiden Bauleitplänen keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen eines Trägers öffentlicher Belange und aus der Bürgerschaft zu den beiden Bauleitplänen wird wie folgt beschlossen:
  - 2.1 Die von der Pipeline Engineering angeregte planungsrechtliche Sicherung der Ruhrgasleitung LA 416 ist durch das im Bebauungsplan Nr. 308 für das Flurstück 125 festgesetzte Leitungsrecht zugunsten der Stadt Siegen, ESi sowie der Versorgungsträger für Gas, Strom, Wasser und Fernmeldewesen berücksichtigt.

- 2.2 Der von dem Einwender Auf der Schemscheid 33 vorsorglich eingelegte Widerspruch gegen den Bebauungsplan Nr. 308 ist gegenstandslos.
- 2.3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass gemäß Beschluss des Bauausschusses am 20.08.2001 die von den Einwendern Auf der Schemscheid 15 und 33 angeregte Beseitigung der Engstelle in der Straße Auf der Schemscheid im Bereich des Stützpfeilers der aufgeständerten Hüttentalstraße durch eine separate Fahrspur stadteinwärts, nicht berücksichtigt wird.
- 2.4 Die beiden Schreiben des Einwenders Auf der Schemscheid 22 - 26 werden zur Kenntnis genommen.  
Der Widerspruch gegen die im Bebauungsplan Nr. 308 festgesetzte Wendeanlage am Ende der Straße Auf der Schemscheid wird zurückgewiesen.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt
- 3.1 die 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 5 der Vorlage;
- 3.2 den Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" gemäß § 10 BauGB als Satzung;
- 3.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 308 "Schemscheid" laut Anlage 6 der Vorlage.

### Sachverhalt / Begründung:

...

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

### **Ausschussumbesetzung**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Kulturausschuss

Frau Ursula Glagau-Gloor (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Veli Aydin (s. B.)

2. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Frau Gül Ditsch (s. B.) als ordentliches Mitglied in beratender Funktion für Herrn Abdullah Özer (s. B.)

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Ausländerbeirat hat in seiner Sitzung am 14.05.2002 beschlossen, die oben genannten Ausschusssitze neu zu besetzen, da Herr Özer und Herr Aydin als sachkundige Einwohner ausgeschieden sind.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
18.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

**Ausschussumbesetzungen**  
**- Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie u.a. -**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

1. in den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herrn Markus Stahl (Stv) als ordentliches Mitglied für Frau Anny Daus (Stv) und Herrn Hermann Klein (AM) als stellvertretendes Mitglied für Herrn Walter Mengel (AM).

2. in den Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte -

Herrn Lothar Becker (AM) als stellvertretendes Mitglied.

3. in den Werksausschuss

Frau Reinhilde Katz (Stv) als stellvertretendes Mitglied.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Aufgrund des Rücktritts von Frau Anny Daus und Herrn Walter Mengel aus dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, bittet die CDU-Fraktion vorstehen Änderungen vorzunehmen.

Im Bezirksausschuss IV und im Werksausschuss ist jeweils ein Ausschusssitz zu besetzen. Von der CDU-Fraktion werden Herr Lothar Becker und Frau Reinhilde Katz benannt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
19.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Rat**

**19.06.2002**

---

Betreff:

**Ausschussneubesetzung  
hier: Jugendhilfeausschuss**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Michael Greven (AM) als stellvertretendes Mitglied von den Jugendverbänden für Herrn Thomas Steiner (AM) in den Jugendhilfeausschuss.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Da Herr Thomas Steiner aus dem Jugendhilfeausschuss zurückgetreten ist, bittet der Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein „Bund deutscher katholischer Jugend“ vorstehende Änderungen vorzunehmen.

Ulf Stötzel